

**Der Bundesminister des Innern**

V II 3 a — 131 136/30 b

Bonn, den 17. April 1970

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Zweiter Bericht der Bundesregierung über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung**

Bezug: **Beschluß des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 1969 — Drucksache V/4546 —**

Für die Bundesregierung erstatte ich den zweiten Bericht über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung — Stand 1. Februar 1970 — an den Deutschen Bundestag.

**Genscher**

**Zweiter Bericht der Bundesregierung  
über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung  
in der Bundesverwaltung**

I n h a l t s ü b e r s i c h t

	Seite
1. Vorbemerkung .....	4
2. Allgemeine Übersicht über die Entwicklung der EDV .....	5
3. Gegenwärtiger Stand der EDV-Anwendung in der Bundesverwaltung ..	6
3.1. Überblick über vorhandene EDV-Anlagen und Anwendungsgebiete	6
3.2. Hervorgehobene Darstellung bedeutsamer Anwendungsgebiete ..	7
3.2.1. Berechnung und Zahlung von Bezügen .....	7
3.2.2. Rentenrechnungsdienst .....	7
3.2.3. Postscheckdienst .....	7
3.2.4. Wissenschaftliche Berechnungen .....	8
3.2.5. Statistik .....	8
3.2.6. Ausländerzentralregister .....	8
3.3. Überblick über das im Bereich der EDV-Anwendung eingesetzte Personal einschließlich Ausbildungsstand .....	8
3.4. Rationalisierungseffekte .....	9
4. Entwicklung der EDV-Anwendung in der Bundesverwaltung in den nächsten Jahren .....	9
4.1. Überblick über geplante EDV-Vorhaben (einschließlich Personal- und Mittelbedarf sowie Anwendungsgebiete) .....	9
4.2. Hervorgehobene Darstellung großer EDV-Vorhaben des Bundes ..	10
4.2.1. Aus dem Bereich des Deutschen Bundestages .....	10
4.2.2. Aus dem Bereich des Presse- und Informationsamtes .....	10
4.2.3. Aus dem Bereich des Bundesministers der Justiz .....	11
4.2.4. Aus dem Bereich des Bundesministers für Verkehr .....	11
4.2.5. Aus dem Bereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen .....	12
4.2.6. Aus dem Bereich des Bundesministers für Arbeit und Sozial- ordnung .....	12
4.2.7. Aus dem Bereich des Bundesministers des Innern .....	12
4.3. Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH .....	13
5. Planung eines allgemeinen arbeitsteiligen Informationssystems für die Bundesrepublik Deutschland .....	13
5.1. Allgemeines .....	13
5.2. Informationssysteme für Bundesregierung und Parlament .....	13
5.3. Allgemeines Informationssystem .....	13

	Seite
6. Koordinierung der EDV im öffentlichen Bereich .....	14
6.1. Notwendigkeit der Koordinierung .....	14
6.2. Koordinierung der EDV in der Bundesverwaltung .....	14
6.2.1. Situation und Tätigkeit der Koordinierungsstelle .....	14
6.2.1.1. Einrichtung eines interministeriellen Ausschusses für die Koordinierung der EDV in der Bundesver- waltung (nebst 7 Arbeitskreisen) .....	14
6.2.1.2. Vordringliche Koordinierungsaufgaben .....	15
6.2.1.3. Mitwirkung und Beratung der Bundesbehörden bei der Verwirklichung von einzelnen EDV-Vorhaben ..	16
6.3. Ausbildung von Personal für EDV-Aufgaben .....	16
6.4. Erarbeitung von Grundsätzen für eine automationsgerechte Gesetz- gebung .....	16
6.5. Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden .....	17
6.5.1. Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle mit Ländern und Gemeinden .....	17
6.5.2. Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet des Einwohnerwesens .....	17
6.5.2.1. Personenkennzeichen .....	17
6.5.2.2. Vorhaben der Länder .....	18
6.5.3. Zusammenarbeit mit den Ländern im Bereich des Bundes- ministers der Justiz .....	19
6.5.4. Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Auto- mation der Steuerverwaltungen .....	19
6.5.5. Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Kriminalpolizei .....	19
6.6. Internationale Zusammenarbeit .....	20
7. Schutz der Privatsphäre .....	20

## 1. Vorbemerkung

Mit ihrem Bericht vom 7. Oktober 1968 (Drucksache V/3355) hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag erstmals allgemein über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung unterrichtet. Dem zweiten Bericht liegen drei Beschlüsse des Deutschen Bundestages, die der besseren Übersicht wegen hier wiedergegeben werden sollen, zugrunde.

1. Anlässlich der zweiten Beratung des Bundeshaushaltsgesetzes 1969 hat der Deutsche Bundestag in der 226. Sitzung am 28. März 1969 in seiner Entschließung zu Umdruck 631 die Bundesregierung ersucht, bis zum 1. Dezember 1969 über die Weiterentwicklung der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im öffentlichen Bereich zu berichten. In diesem Bericht ist das weitere Ersuchen an die Bundesregierung einzubeziehen, darauf hinzuwirken, daß
  - a) der jederzeitige und umfassende Zugriff des Parlaments auf entscheidungsrelevante Daten ausdrücklich sichergestellt wird, damit Alternativen unter verschiedenen Prämissen entwickelt werden können,
  - b) vor jeder Entscheidung über die weitere Einführung der Datenverarbeitung alle Möglichkeiten aufgezeigt werden, soweit Fragen der Kontrollfunktion oder des Informationsanspruchs des Parlaments berührt werden,
  - c) vor einer über die herkömmlichen Methoden hinausgehenden Erfassung der Daten über Einzelpersonen im Zusammenwirken mit den Ländern und insbesondere den Kommunen jegliche Beeinträchtigung und Verletzung der Privatsphäre ausgeschlossen werden,
  - d) maschinelle Behördenbescheide für den Bürger verständlich und nachprüfbar sind,
  - e) nach Absprache mit den Ländern dem Bundestag über die Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit auch mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden, über die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen und -vorhaben auch bezüglich der Erfassung von Personaldaten auf allen Verwaltungsebenen berichtet wird,
  - f) bei mit Bundesmitteln finanzierten Projekten von politischer Tragweite solche Organisationsformen verwendet werden, die auch die Beteiligung des Parlaments gewährleisten (z. B. bei der Gesellschaft für Datenverarbeitung und Mathematik mbH die Abteilung für behördliche Datenverarbeitung mit der Aufgabe, neue Erkenntnisse für die Informations- und Entscheidungsvorbereitung zu gewinnen, die staatlichen Stellen zu beraten und Angehörige des öffentlichen Dienstes fortzubilden),
  - g) jeweils die für den Anwendungszweck nach Preis und Leistung optimale EDV-Anlage be-

schafft wird und die Entscheidungsgründe dem Parlament zur eigenen Urteilsbildung zugänglich sind,

- h) die Kordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung beschleunigt und vollwirksam, notfalls durch Herbeiführung von Kabinettsentscheidungen, arbeiten kann, um ein Gesamtkonzept zu entwickeln und zur Vermeidung von Doppelarbeit die Systemvorschläge für die beteiligten Bereiche aufeinander abzustimmen,
  - i) politisch relevante „Datenbanken“ auch mit der notwendigen Unabhängigkeit arbeiten können,
  - j) bei der zunehmenden Anwendung der EDV die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen interessierten Kreisen in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in einem umfassenden, jedoch arbeitsteiligen Datenbanknetz von vornherein in Betracht gezogen wird,
  - k) dem Bundestag darüber berichtet wird, welche Überlegungen hinsichtlich der notwendig werdenden gesetzlichen Regelungen zum Gesamtkomplex der EDV angestellt werden.
2. In seiner 247. Sitzung am 3. Juli 1969 hat der Deutsche Bundestag
    1. von dem ersten Bericht der Bundesregierung zustimmend Kenntnis genommen und
    2. in Ergänzung seiner Entschließung in der 226. Sitzung am 28. März 1969 die Bundesregierung ersucht,
      - a) durch die verstärkte Förderung der Ausbildung und Fortbildung von Verwaltungspersonal dazu beizutragen, daß der Bundesverwaltung eine auch für den künftigen Bedarf ausreichende Zahl von System-Analytikern, EDV-Organisatoren und Programmierern zur Verfügung steht,
      - b) um eine intensive Zusammenarbeit mit Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Nutzung aller Rationalisierungsmöglichkeiten im Interesse aller beteiligten Stellen bemüht zu sein und über die Maßnahmen zu a) und b) ebenfalls bis zum 31. Dezember 1969 zu berichten.
  - ...
  3. die Bundesregierung weiter ersucht, in dem bis zum 31. Dezember 1969 zu erstattenden Bericht auch den in der 234. Sitzung am 13. Mai 1969 — Drucksache V/3968, III. 2., 4. a, 4. b — erbetenen Bericht aufzunehmen, soweit sich dieser auf die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung bezieht.
3. Die Entschließung des Deutschen Bundestages in der 234. Sitzung am 13. Mai 1969 — Drucksache

V/3968 —, auf die der vorstehende Beschluß des Deutschen Bundestages Bezug nimmt, hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesregierung soll

...

2. die durchgeführten und geplanten Maßnahmen (Planungen, Empfehlungen, Vereinbarungen, Beschlüsse, Abkommen, Anordnungen usw. der Bundesregierung und einzelner Bundesministerien) zur Hebung der verfügbaren Rechenkapazität für wissenschaftliche Zwecke und zur Förderung der Datenverarbeitung allgemein dem Deutschen Bundestag darlegen;

...

4. a) die Heranbildung hochqualifizierter Datenverarbeitungsfachleute sowohl auf der Ebene der wissenschaftlichen Hochschulen als auch der Fachhochschulen fördern, dabei auch Möglichkeiten des Aufbau- und Kontaktstudiums berücksichtigen und die Kenntnisse und Rechenprogramme für die Anwendungen von Datenverarbeitungsanlagen im Zusammenwirken mit den Ländern und der Wirtschaft nach Kräften verbreiten,
- b) zur Entwicklung neuer Computer-Anwendungen beitragen, u. a. durch Verwendung von Computeranlagen zur Rationalisierung der Verwaltung.

Entsprechend Wortlaut und Sinn der genannten drei Beschlüsse des Deutschen Bundestages wird der zweite Bericht der Bundesregierung über die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung zusammengefaßt erstattet. Auf die einzelnen Entschlußpunkte wird im Bericht eingegangen.

Nicht in den Bericht einbezogen sind die Entwicklung auf dem Gebiet der Automation der Steuerverwaltungen sowie die Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau regionaler Großrechenzentren für wissenschaftliche Arbeiten. Hierzu wird auf die gesonderten Berichte des Bundesministers der Finanzen vom 15. März 1968 (Drucksache V/2749) und des damaligen Bundesministers für wissenschaftliche Forschung vom 30. Mai 1969 (Drucksache V/4308) verwiesen.

Die Verlängerung der Frist für die Abgabe des Berichts bis zum 31. März 1970 ist notwendig geworden, weil die erforderlichen Erhebungen für den Bericht nicht rechtzeitig vor dem 31. Dezember 1969 abgeschlossen werden konnten.

## 2. Allgemeine Übersicht über die Entwicklung der EDV

Die im ersten Bericht der Bundesregierung vom 7. Oktober 1968 dargestellte sprunghafte Expansion des Einsatzes von EDV-Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich fortgesetzt. Einem Bestand

von 3863 eingerichteten und 1607 bestellten Anlagen am 1. Januar 1968 stand am 1. Juli 1969 ein solcher von 5663 installierten und 1495 bestellten Anlagen gegenüber. Das bedeutet ein Wachstum von rd. 46 %. Der Bund war zu diesem Zeitpunkt mit rd. 160 Anlagen (rd. 3 % aller Anlagen) nach wie vor der größte Anwender der EDV in der Bundesrepublik. Die Länder betrieben zum gleichen Zeitpunkt 75 und die Gemeinden und Gemeindeverbände 263 Anlagen.

Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik in der Spitzengruppe der Anwender von EDV-Anlagen geblieben. Die USA haben ihren großen Vorsprung (allein im Bereich der Bundesverwaltung liegt die Zahl der EDV-Anlagen um 5000) gehalten.

Mehr noch als durch die Zunahme der Zahl der eingesetzten Computer wird die gegenwärtige und künftige Entwicklung durch den integrierten Einsatz der EDV für komplexe Anwendungsgebiete gekennzeichnet.

Charakteristisch für die bisherige Entwicklung ist der fast ausschließliche Einsatz von EDV-Anlagen für die Erledigung von Massen- und Routinearbeiten. Nach einer Studie der Diebold Deutschland GmbH über die voraussichtliche Weiterentwicklung des EDV-Marktes bis 1978 entfallen von allen Einsatzarten gegenwärtig 86 % auf Massen- und Routinearbeiten, nur 11 % auf Planungsarbeiten und 3 % auf die Bearbeitung von mathematischen Modellen. Das gilt auch für den öffentlichen Bereich, in dem der Anteil der Massen- und Routinearbeiten eher noch etwas höher anzusetzen ist.

Die Entwicklung des EDV-Einsatzes in diesem Anwendungsbereich ist keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil werden neu entwickelte Betriebsverfahren, die einen vielfachen Anschluß an zentrale EDV-Anlagen möglich machen, einerseits und die Produktion kleinerer leistungsfähiger und verhältnismäßig billiger Computer andererseits noch zu einer erheblichen Zunahme an EDV-Anlagen und -Anwendern führen. Von den in der Studie der Diebold Deutschland GmbH für das Jahr 1978 vorausgeschätzten 24 600 EDV-Anlagen wird der überwiegende Teil nach wie vor für die Erledigung von Massen- und Routinearbeiten in der Industrie, im kommerziellen und öffentlichen Bereich eingesetzt werden.

Parallel der geschilderten Entwicklung, nur zeitlich verschoben, sind die Planungen für den integrierten Einsatz der EDV für komplexe Anwendungsgebiete in das Stadium ihrer Verwirklichung getreten. Damit werden in der Zukunft für die EDV neue Dimensionen gesetzt. Bereits im ersten Bericht der Bundesregierung (vgl. Drucksache V/3355, S. 3 unter Ziff. III 2. bis 6.) wird auf die neuen Anwendungsmöglichkeiten der EDV, die sich besonders auch im öffentlichen Bereich auswirken werden, hingewiesen. Die wichtigsten dieser Anwendungsmöglichkeiten sind Dokumentationssysteme, Informationszentren für volkswirtschaftliche Daten, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Statistik usw., weiterhin Management-Informationssysteme, Simulationsmodelle für das Aufstellen langfristiger umfassender Planungen im

Bereich der Wirtschaft und Verwaltung und bei deren Verwirklichung die Steuerung komplizierter Produktionssysteme oder komplexer Verwaltungsabläufe.

Die technischen Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Aufgaben wurden mit der Entwicklung leistungsstärkerer EDV-Anlagen, größerer Speicherkapazitäten und neuer Betriebsverfahren geschaffen. Diese Betriebsverfahren, die gegenwärtig und auch in den nächsten Jahren für die EDV-Anwendung bestimmend sein werden, lassen sich mit den Begriffen

- Mehrprogrammbetrieb  
(Multiprogramming),
- Realzeitbetrieb  
(Real-time processing)
- Teilnehmerrechensystem  
(Time-sharing) und
- Datenfernverarbeitung  
(Tele processing)

umschreiben.

Voraussetzung für eine Anwendung der letztgenannten Betriebsverfahren für einen größeren Teilnehmerkreis ist ein leistungsstarkes Datenfernübertragungsnetz. Die Deutsche Bundespost bietet im Rahmen ihrer Datendienste ein breites Spektrum von Möglichkeiten der Datenübertragung an. Zur Zeit werden Überlegungen angestellt, auf der Grundlage einer Selbstkostenrechnung die Tarifstruktur der Mietleitungsnetze zu modifizieren. Voraussichtlich wird sich dabei für längere Mietleitungen eine Tarifsenkung, für kürzere Strecken eine Tarifierhebung ergeben.

Die genannten Betriebsverfahren und die mit ihrer Hilfe realisierbar gewordenen Anwendungsgebiete bedingen umfassende und tiefgreifende organisatorische Maßnahmen und für den öffentlichen Bereich im Verlauf der weiteren Entwicklung u. U. neue Aufgabenabgrenzungen.

Auch hierin unterscheidet sich die bisherige EDV-Anwendung von der integrierten Anwendung für komplexe Aufgabenbereiche.

Der Einsatz von EDV-Anlagen zur Bewältigung von Routinearbeiten betraf bisher überwiegend nur einzelne Arbeitsabläufe innerhalb eines Betriebes oder einer Verwaltung; die Aufgabenstellung blieb im allgemeinen die gleiche, zur Aufgabenbewältigung wurden lediglich andere Mittel eingesetzt (z. B. bei Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, Zusammenfassung statistischer Erhebungen usw.). Die innerbetriebliche Organisation und die Aufgabenabgrenzung wurden nicht notwendigerweise berührt, wenngleich eine Anpassung in vielen Fällen zweckmäßig war.

Demgegenüber setzt die Bewältigung komplexer Aufgaben mit Hilfe der EDV neue intensivere Formen der Zusammenarbeit der bisher für die verschiedenen Aufgabenbereiche zuständigen Stellen voraus. Im öffentlichen Bereich werden neue Formen der Zusammenarbeit nicht nur innerhalb bestimmter Verwaltungen, sondern vielfach auch für die

Verwaltungen aller Verwaltungsebenen untereinander notwendig werden.

So lassen sich Informationssysteme sinnvoll nur aufbauen, wenn von den verschiedenen Trägern verbindliche Absprachen über die Arbeitsteilung und über die gegenseitige Benutzung getroffen werden. Das schließt vielfach auch eine Abstimmung über die für die verschiedenen Bereiche zu beschaffenden EDV-Anlagen ein. Für das einzelne Ressort hat das u. U. den Verzicht auf bisherige Kompetenzen auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber ein Beteiligungsrecht an Einrichtungen des anderen zur Folge.

Diese Überlegungen führen zu zwei wichtigen Erkenntnissen:

1. Der integrierte Einsatz der EDV erfordert in besonderem Maße gründliche und umfassende Vorbereitungen und vor allem schon im Vorbereitungsstadium eine große Zahl hierfür geschulter Fachkräfte.
2. Schon bei den ersten Planungen neuer Anwendungsbereiche sind alle betroffenen Aufgabenträger oder Teilnehmer an einem aufzubauenden System für eine Zusammenarbeit heranzuziehen.

Die in diesem Abschnitt getroffene Feststellung über die weitere Entwicklung der EDV-Anwendung findet ihre Bestätigung in der nachfolgenden Darstellung des derzeitigen Standes und der künftigen Entwicklung der EDV-Anwendung in der Bundesverwaltung.

### **3. Gegenwärtiger Stand der EDV-Anwendung in der Bundesverwaltung**

#### **3.1. Überblick über vorhandene Anlagen und Anwendungsgebiete**

In der Bundesverwaltung sind nach dem Stand vom 1. Februar 1970 174 EDV-Anlagen eingesetzt (vgl. die nach Ressorts gegliederte Übersicht in der Anlage 1). Danach liegen Schwerpunkte der EDV-Anwendung im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung (62 Anlagen), des Bundesministeriums für Verkehr (44 Anlagen), des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen (44 Anlagen) und des Bundesministeriums für Wirtschaft (10 Anlagen).

Gegenüber den nach dem Stand vom 1. Juni 1968 ermittelten 143 Anlagen (vgl. den ersten Bericht der Bundesregierung — Drucksache V/3355 — Anlage 1) ist für den Zeitraum von 20 Monaten ein Mehr von 31 Anlagen festzustellen. Zur Ergänzung dieser Angaben wird darauf hingewiesen, daß neben den zusätzlich beschafften Anlagen eine Reihe vorhandener EDV-Anlagen durch größere oder neuere Modelle ersetzt worden ist. Eine tabellarische Übersicht über die zahlenmäßige Entwicklung der EDV-Anwendung im Berichtszeitraum gibt die Anlage 2.

Eine Aufgliederung der in der Bundesverwaltung eingesetzten EDV-Anlagen nach Herstellern (vgl. Anlage 3) zeigt, daß die Firma IBM mit 105 Anlagen zwar nach wie vor weit an der Spitze steht, die an

2. und 3. Stelle befindlichen Firmen AEG-Telefunken mit 18 Anlagen (gegenüber 9 am 1. Juni 1968) und Siemens mit 16 Anlagen (gegenüber 5 am 1. Juni 1968) ihren Anteil aber wesentlich steigern konnten.

Die Aufgaben, die mit den in der Bundesverwaltung eingesetzten EDV-Anlagen bearbeitet werden, sind in der Spalte 2 der Anlage 1 zusammengestellt. Besonders häufige Anwendungsgebiete der EDV sind danach das Personal- und Kassenwesen sowie das Besoldungswesen, Statistik, Registerwesen und die Anwendung im wissenschaftlichen Bereich. Die Deutsche Bundesbahn setzt die elektronische Datenverarbeitung sowohl im Verwaltungsdienst als auch im Betriebsdienst u. a. auf folgenden Gebieten ein: Wagenladungsbinnenverkehr, Anlagenwirtschaft, Reisendenzählung, vermessungstechnische Meßplanung, Zugfahrtrechnung, Verkehrsübersicht über den Personen, Gepäck- und Expresgutverkehr, Kraftwagenkosten der Bundesbahnfahrzeuge, Kraftwagenleistungen. Bei der Deutschen Bundespost werden EDV-Anlagen u. a. im Verwaltungsdienst, im Kraftfahrdienst, bei der Abrechnung der Auslands-telegramme, der Abrechnung mit den Luftverkehrsgesellschaften über beförderte Luftpost, der Betriebslenkung und -überwachung der Fernmelde-netze, im Rentenrechnungsdienst, Postzeitungsdienst, Fernmelderechnungsdienst, Postsparkassendienst, Postscheckdienst eingesetzt. Der Bundesminister der Verteidigung setzt, abgesehen von den in diesem Bericht nicht erfaßten militärischen Führungs- und Waffeneinsatzsystemen, die EDV im Bereich des Maschinellen Berichtswesens schwerpunktmäßig auf den Gebieten Logistik (Materialgrundlagen, bundeseinheitliche Katalogisierung und Bewirtschaftung des Bundeswehr-Materials), Gesamtplanung, Personalführung, Gebührenabrechnung und Wehrersatzwesen sowie im Bereich der Wehrtechnik für militärische Forschungsvorhaben und wissenschaftlich-wehrtechnische Aufgaben ein.

### 3.2. Hervorgehobene Darstellung bedeutsamer Anwendungsgebiete

Um das ganze Spektrum der bisherigen EDV-Anwendung erkennbar werden zu lassen, sollen folgende Beispiele aus verschiedenen Bereichen hervorgehoben werden:

#### 3.2.1. Berechnung und Zahlung von Bezügen

1956 begann die Zentralisierung der Berechnung und Zahlung der Bezüge der etwa 75 000 Zahlungsfälle (Beamte und Versorgungsempfänger) der Bundesfinanzverwaltung (BFV) bei der Besoldungsstelle der BFV, bei der Lochkartenmaschinen eingesetzt wurden.

Nach und nach schlossen sich auch die obersten Bundesbehörden im Bonner Raum, die selbst keine Lochkartenanlage hatten, und ihnen nachgeordnete Dienststellen der Besoldungsstelle an. Deshalb wurde 1966 die maschinelle Kapazität durch Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung erweitert. Inzwischen bedienen sich immer mehr Bundesbehörden der Besoldungsstelle der BFV. Jetzt bearbeitet die Besoldungsstelle über 112 000 Zah-

lungsfälle (Beamte, Angestellte und Versorgungsempfänger).

Eine Fortführung der Zentralisierung der Besoldungszahlung ist in die Wege geleitet, insbesondere werden die Zahlungsfälle des Bundesgrenzschutzes übernommen. Im Jahre 1971 würde somit die Besoldungsstelle Bezüge und Vergütungen für etwa 140 000 Empfänger berechnen und zahlen. Dann sind mit Ausnahme der Bereiche Auswärtiges, Verteidigung, Post und Verkehr (teilweise) praktisch alle Bundesbehörden angeschlossen.

#### 3.2.2. Rentenrechnungsdienst

Im Rentenrechnungsdienst der DBP wurden von den 7 Rentenrechnungsstellen/Rechenzentren im Jahre 1969 rd. 123 Millionen Zahlungen mit mehr als 37 Mrd. DM geleistet. Besonders hohe Anforderungen stellen die jährlichen Rentenanpassungen, bei denen in kürzester Frist die rd. 10 Millionen Bestandsrenten umgerechnet, die Zahlungsempfänger vom Ergebnis der Anpassung schriftlich unterrichtet und die neuen Beträge gezahlt werden müssen. 12 Rentenanpassungen sind von der DBP inzwischen durchgeführt worden. Die Leistungsträger werden vom Ergebnis der postalischen Rentenanpassung durch Übersendung von Magnetbändern, in Einzelfällen auch Lochkarten oder schriftlichen Mitteilungen, unterrichtet.

Mehr als 5 Millionen Renten (über 50 v. H. des Bestandes) werden allmonatlich unbar auf Konten von Geldinstituten überwiesen. Hierbei werden auf Wunsch maschinell weiterzuverarbeitende Datenträger (Lochkarten oder Magnetbänder) zur Verfügung gestellt. Zur Förderung einer rationellen und automationsgerechten zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit können die Versicherungsträger jetzt auch anstelle der bisher üblichen schriftlichen Zahlungsaufträge Auftragsmagnetbänder liefern und anstelle formblattmäßiger Mitteilungen Magnetbänder über die Veränderungen im Rentenbestand der Post erhalten. In Kürze wird auch für andere Behörden, die bei der Festsetzung eigener Leistungen (z. B. Kriegsofferrenten, Versorgungsbezüge) die Höhe bestimmter Renten kennen müssen, die Möglichkeit bestehen, von der DBP laufend Magnetbänder über die Rentenänderungen zu erhalten.

#### 3.2.3. Postscheckdienst

Im Zuge der Automatisierung des Postscheckdienstes sind bereits mehrere Datendienste eingerichtet worden. Von großer, auch volkswirtschaftlicher Bedeutung hat sich das Klarschriftleseverfahren erwiesen, in dem mit Großkunden automationsgerechte Datenträger ausgetauscht werden. Kontoinhaber mit umfangreichen Zahlungseingängen (z. B. Versorgungsunternehmen und Versicherungen) versenden hierzu besondere Formblätter für Zahlkarten und Einziehungsaufträge, die mit Hilfe von Schnelldruckern im Rahmen eines EDV-Arbeitsganges in einer besonderen Lesezone mit maschinenlesbarer Schrift bedruckt wurden. Nach der Bareinzahlung oder nach der unbaren Lastschrift des Betrages gelangen diese Belege zur Klarschriftlesestelle. Bestimmte Daten

(Betrag, Teilnehmernummer, Rechnungsnummer) werden hier von optischen Beleglesern in ein EDV-System eingelesen. Es faßt die Einzelbeträge zu einer Gutschriftsumme zusammen und überträgt außerdem die Einzeldaten für jeden Großkunden auf ein Magnetband oder stanzt sie in Lochkarten. Diese Datenträger werden dem Kunden zugesandt, der sie nun mit seiner eigenen EDV-Anlage automatisch buchen und weiterverarbeiten kann. Der wesentliche Vorteil liegt darin, daß sowohl die Postscheckämter als auch die Großkunden die teure und zeitaufwendige manuelle Datenerfassung einsparen. Zur Zeit nehmen bereits mehr als 100 Großkunden am Klarschriftleseverfahren des Postscheckdienstes teil.

### 3.2.4. Wissenschaftliche Berechnungen

Zur Durchführung von wissenschaftlichen Berechnungen und einer Vielzahl von Forschungsaufgaben werden EDV-Anlagen u. a. beim Deutschen Hydrographischen Institut, beim Deutschen Wetterdienst, bei der Bundesanstalt für Bodenforschung, bei der Bundesanstalt für Flugsicherung, bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und im wehrtechnischen Bereich eingesetzt. In der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) werden mit Hilfe der EDV zum Beispiel folgende Aufgaben gelöst:

Berechnung der optischen Übertragungsfunktion (in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für angewandte Optik sowie verschiedenen Firmen der optischen Feinwerktechnik); Ziel ist die Qualitätsverbesserung optischer Instrumente.

Berechnungen zur Reduktion von Sternbeobachtungen im Observatorium der PTB in Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum des Bureau International de l'Heure (BIH) in Paris. Die reduzierten Maßergebnisse werden als deutscher Beitrag für die internationale Bestimmung der Weltzeit wöchentlich dem BIH und für die laufende Polbestimmung der Erde monatlich dem International Polar Motion Service (IPMS) in Mizusawa, Japan, übermittelt. — Ein Forschungsbeitrag als Ergebnis langzeitiger Messungen dieser Art ist die verbesserte Korrekturbestimmung der Sternpositionen im Fundamentalkatalog FK 4, dessen Angaben für Ortsbestimmungen auf der Erde sowie im Raum von großer Bedeutung sind.

Berechnungen zur Auswertung von langzeitigen Geräuschmessungen mit dem Ziel, die Geräuschsituation von Wohngebieten in der Nähe von Industrie- und Gewerbebetrieben zu kennzeichnen (in Zusammenarbeit mit Gewerbebeamten und den Technischen Überwachungsvereinen). — In einem Gemeinschaftsvorhaben mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (seit 1964) werden die entsprechenden Messungen in der Nähe von Flughäfen (München, Hamburg) mit einer PTB-Anlage ausgewertet, um diese Ergebnisse später mit den Ergebnissen der anderen Untersuchungsgruppen (Mediziner, Psychologen, Soziologen) zu korrelieren. Weiter werden in Zusammenarbeit mit der Industrie (Büromaschinen- und Kraftfahrzeughersteller) Geräuschmessungen an deren Erzeugnissen durchgeführt und mit einer PTB-Anlage ausgewertet.

### 3.2.5. Statistik

Ein Schwergewicht der EDV-Arbeiten im Statistischen Bundesamt liegt bei der Aufbereitung laufend erstellter und einmaliger Statistiken.

Hervorzuheben sind zunächst die Großzählungen (Zensus), die jeweils in längeren zeitlichen Abständen durchgeführt werden, insgesamt jedoch zeitlich gleichmäßig verteilt sind. Zu nennen ist vor allem die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, aber auch der Industriezensus, die Landwirtschafts- und Wohnungszählungen sowie Zensen in kleineren Wirtschaftsbereichen (z. B. Handwerkszählung, Gaststättenzählung).

Von den größeren laufenden Statistiken sind vor allem hervorzuheben die Außenhandelsstatistik, die verschiedenen Statistiken über Steuern, Produzierendes Gewerbe, Verkehr, Beschäftigte und das Bildungswesen. Hinzu kommen als Ergänzung der Großzählungen der Mikrozensus, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die Wohnungsstichproben.

Schließlich sind aus der Sicht der elektronischen Datenverarbeitung auch die über eine normale Aufbereitung hinausgehenden Arbeiten zu nennen, die im einzelnen sehr differenzierte Anforderungen stellen, z. B. die vielfältigen Indexberechnungen und die Bevölkerungsvorausschätzungen.

### 3.2.6. Ausländerzentralregister

Das Bundesverwaltungsamt in Köln benutzt zur Zeit für die Führung des Ausländerzentralregisters eine EDV-Anlage des Statistischen Bundesamtes. Die Aufgabe besteht in der Erfassung aller Ausländer (z. Z. rund 2,1 Millionen) in einer Hauptkartei und in deren Fortschreibung. Außerdem werden mit Hilfe einer Suchkartei die betreffenden Ausländerbehörden unterrichtet, wenn gegen neu gemeldete Ausländer etwas vorliegt.

Es ist beabsichtigt, diese Arbeiten demnächst mit einer EDV-Anlage in Köln, die daneben auch für andere Aufgaben des Bundesverwaltungsamtes eingesetzt werden soll, durchzuführen.

### 3.3. Überblick über das im Bereich der EDV-Anwendung eingesetzte Personal einschließlich Ausbildungsstand

Für die Anwendung der EDV und Bedienung der in der Bundesverwaltung eingesetzten 174 EDV-Anlagen stehen nach dem Stand vom 1. Februar 1970 insgesamt 5811 Kräfte zur Verfügung (vgl. Anlage 4). Hiervon entfallen auf den höheren Dienst 166 Kräfte, auf den gehobenen Dienst 1364 Kräfte, auf den mittleren Dienst 3565 Kräfte und auf den einfachen Dienst 716 Kräfte.

Eine Aufschlüsselung des Gesamtpersonalbestandes nach EDV-Tätigkeiten und nach dem Ausbildungsstand ergibt folgendes Bild:

Betriebliche Leitung

a) ausgebildete Fachkräfte .....	215
b) in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte .....	13

Organisation und Systemanalyse	
a) ausgebildete Fachkräfte .....	237
b) in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte .....	37
Programmierung	
a) ausgebildete Fachkräfte .....	798
b) in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte .....	142
Maschinenbedienung	
a) ausgebildete Fachkräfte .....	866
b) in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte .....	127
Datenaufbereitung und Datenerfassung	
a) ausgebildete Fachkräfte .....	2830
b) in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte .....	194
Verwaltungskräfte (ohne EDV-Kenntnisse) .....	352

Demnach sind insgesamt 513, also rund 10 % der im EDV-Bereich eingesetzten Bediensteten noch nicht ausgebildet oder stehen in der Ausbildung. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß eine Vielzahl von Stellen noch nicht besetzt ist und deshalb bei dem allgemeinen Mangel an EDV-Fachkräften der Ausbildungsbedarf noch wesentlich höher liegen dürfte.

### 3.4. Rationalisierungseffekte

Die Rationalisierungseffekte der EDV, die wegen ihrer Vielgestaltigkeit zahlenmäßig nur zum Teil ermittelt werden können, lassen sich in drei Bereiche gliedern:

- Höhere Arbeitseffektivität oder Herbeiführung einer Möglichkeit, gewisse Massenarbeiten überhaupt noch oder termingerecht durchzuführen,
- erhöhte Wirtschaftlichkeit durch Personal- oder Kosteneinsparungen,
- Verbesserung der Arbeitsqualität der Verwaltung durch verbesserte und zeitnahe Information für die Lenkung, Steuerung und Planung.

Das Schwergewicht der bisher erzielten Rationalisierungseffekte liegt zweifellos in den beiden zuerst genannten Bereichen.

Als wichtigster Rationalisierungseffekt ist festzustellen, daß ohne die Einführung der EDV verschiedene Aufgaben überhaupt nicht hätten in Angriff genommen und andere Aufgaben wegen der nach Art und Umfang gestiegenen Anforderung nicht mehr ordnungsgemäß hätten durchgeführt werden können. Ersteres gilt z. B. für die zweckorientierte Personalführung großer Verwaltungen (Bundeswehr), letzteres z. B. für große Statistiken oder für die zentrale Berechnung und Zahlung von Bezügen.

Dagegen hat die Einführung der EDV nicht zu der von vielen befürchteten und von anderen erwarteten

großen Einsparung vorher vorhandenen Personals geführt. Zahlenangaben liegen z. B. vor aus dem Bereich

— des Bundesministers der Verteidigung (Wehrbereichsgebührensämter mit 150 eingesparten Dienstposten)

— der Deutschen Bundespost (Rentenrechnungsdienst mit 221 eingesparten Kräften in den letzten 2 Jahren, Postsparkassendienst mit mehr als 1000 eingesparten Stellen, Fernmelderechnungsdienst mit 350 und bei Lohnabrechnungen für Arbeiter mit 200 erwarteten Einsparungen)

— des Statistischen Bundesamtes (mit 55 eingesparten Kräften im sogenannten Tabelliersaal).

Diese Zahlen sind keineswegs vollständig.

Wesentlich höher als die echt eingesparten Stellen ist noch die Zahl der eingesparten Kräfte anzusetzen, die ohne den Einsatz von EDV-Anlagen infolge neuer oder nach Art und Umfang erweiterter Aufgaben hätten eingestellt werden müssen. Diese Feststellung gilt ausnahmslos für die EDV-Anwendung zur Erledigung von Massen- und Routinearbeiten in allen Bereichen. Die dadurch eingesparten Kosten sind mit über 50 Millionen DM im Jahr zu schätzen.

Neben der Einsparung von Personalkosten konnten durch die Beschleunigung und Vereinfachung von Arbeitsabläufen und durch bessere Kontrollmöglichkeiten die Sachkosten vor allem im Beschaffungswesen erheblich reduziert werden. So werden allein bei der Materialbewirtschaftung der Bundeswehr durch die maschinell durchgeführte Katalogisierung, die u. a. zur Vermeidung von Doppelbeschaffungen und Lagerungen geführt hat, jährlich Millionenbeträge eingespart. Ähnliches gilt für die Bereiche der Bundesbahn und Bundespost.

Schließlich sollten in diesem Zusammenhang die positiven und ebenfalls nicht meßbaren Nebenwirkungen der Rationalisierung von Arbeitsverfahren erwähnt werden, wie z. B. die Entlastung des Personals von eintönigen, routinemäßigen Arbeiten und damit die Freisetzung für höherwertige Aufgaben, die Verbesserung der Information und der sozialen Betreuung des Personals und die damit erreichte allgemeine Leistungssteigerung der Verwaltung.

## 4. Entwicklung der EDV-Anwendung in der Bundesverwaltung in den nächsten Jahren

### 4.1. Überblick über geplante EDV-Vorhaben (einschließlich Personal- und Mittelbedarf sowie Anwendungsgebiete)

Die im Bereich der Bundesverwaltung bis zum Jahre 1974 geplanten EDV-Vorhaben sind in einer Übersicht nach Anlage 5 zusammengestellt. Diese Zusammenstellung ist nicht vollständig, da nur solche Vorhaben aufgenommen werden konnten, bei denen der derzeitige Stand der Planungen erste Aussagen über Inhalt und Umfang des Projekts zuläßt. Vorhaben,

die dieses Stadium noch nicht erreicht haben, — wie die Entwicklung des Modells eines mit EDV arbeitenden Kassen- und Rechnungssystems (vgl. Bericht der Bundesregierung vom 7. Oktober 1968, Drucksache V/3355, III Ziff. 7) oder die Untersuchungen auf dem Gebiet des Zollwesens und bei der Bundesbauverwaltung über die Möglichkeiten des Einsatzes der EDV — sind nicht in der Übersicht aufgeführt.

Bei einem Teil der in Anlage 5 aufgeführten EDV-Vorhaben sind bereits Aussagen über die personelle Ausstattung der Projekte möglich; die entsprechenden Angaben sind — nach Ressorts zusammengefaßt — in einer Übersicht über die personelle Ausstattung der im Bereich der Bundesverwaltung geplanten EDV-Vorhaben (Anlage 6) zusammengestellt. Danach ergibt sich ein Personalbedarf von 3434 Kräften. Hiervon entfallen auf den

höheren Dienst .....	135 Kräfte,
gehobenen Dienst .....	582 Kräfte,
mittleren Dienst .....	2588 Kräfte,
einfachen Dienst .....	129 Kräfte.

Eine Aufschlüsselung des Gesamtpersonalbedarfs nach EDV-Tätigkeiten ergibt folgendes Bild:

Betriebliche Leitung .....	65 Kräfte,
Organisation/System-Analyse .....	215 Kräfte,
Programmierung .....	214 Kräfte,
Maschinenbedienung .....	381 Kräfte,
Datenaufbereitung/Datenerfassung ...	2425 Kräfte,
Verwaltungspersonal (ohne EDV-Kenntnisse) .....	134 Kräfte.

Es muß davon ausgegangen werden, daß sich der Kräftebedarf bis 1974 einschließlich schätzungsweise noch um ein Drittel erhöhen wird, wenn für die Projekte, für die noch keine endgültigen Personalplanungen vorliegen, der Personalbedarf abschließend oder erstmals ermittelt ist. In welchem Umfang dieser Bedarf zusätzliche Stellen erfordert oder durch innerorganisatorische Maßnahmen (Personalumsetzung) ausgeglichen werden kann, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen.

Für die geplanten EDV-Vorhaben (Anlage 5) sind zum großen Teil in der mittelfristigen Finanzplanung Mittel vorgesehen; den Finanzbedarf der einzelnen Ressorts zeigt die Übersicht nach Anlage 7. Hiernach ergibt sich nach dem derzeitigen Stand der Planungen für die Jahre 1970 bis 1974 für die gesamte Bundesverwaltung ein vorläufiger Finanzbedarf von 576,7 Millionen DM; auf die einzelnen Rechnungsjahre aufgegliedert ergibt sich dabei folgendes Bild:

Rechnungsjahr 1970 = rund	74,2 Millionen DM,
Rechnungsjahr 1971 = rund	132,2 Millionen DM,
Rechnungsjahr 1972 = rund	130,2 Millionen DM,
Rechnungsjahr 1973 = rund	133,8 Millionen DM,
Rechnungsjahr 1974 = rund	106,3 Millionen DM.

Auch hier muß die Vorläufigkeit der Angaben betont werden, da noch nicht für alle Projekte der not-

wendige Finanzbedarf ermittelt und die Beträge in die mittelfristige Finanzplanung einbezogen worden sind.

Vergleicht man die Anwendungsgebiete der geplanten Vorhaben in Spalte 2 der Anlage 5 mit denen bereits verwirklichter Projekte in Spalte 2 der Anlage 1, so zeigt sich eine deutliche Verschiebung des Schwerpunktes der EDV-Anwendung auf große Aufgabenkomplexe hin. Noch eindeutiger läßt sich diese Entwicklung an der nachfolgenden Darstellung geplanter großer EDV-Vorhaben erkennen.

## 4.2. Hervorgehobene Darstellung großer EDV-Vorhaben des Bundes

### 4.2.1. Aus dem Bereich des Deutschen Bundestages

Auf Beschluß des Vorstandes vom 27. Juni 1968 wurde mit dem Projekt der Entwicklung eines Dokumentationssystems für die formale Erfassung und inhaltliche Erschließung der Parlamentsmaterialien unter Prüfung der Anwendbarkeit elektronischer Datenverarbeitungsanlagen begonnen. Ziel des Projektes ist es, ein einheitliches Dokumentationssystem für die Erschließung der gesamten Parlamentsmaterialien sowie ein Informationssystem aufzubauen, um damit die Abgeordneten schneller und vollständiger als bisher mit allen für ihre politische und gesetzgeberische Arbeit notwendigen Informationen und Materialien auszustatten.

### 4.2.2. Aus dem Bereich des Presse- und Informationsamtes

Im Rahmen des „Programms für die Förderung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung für öffentliche Aufgaben“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft führt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seit 1967 das Demonstrations-Datenverarbeitungsprojekt „Speichern und Wiederauffinden von Informationen politischen Inhalts“ durch und befaßt sich zur Zeit in erster Linie mit der Einrichtung eines aus Datenverarbeitung und Mikrofilm bestehenden integrierten Informations-Bereitstellungs-Systems (IBS). Dieses System soll die Suche nach eingespeicherten Dokumenten allgemein-politischen Inhalts beschleunigen und erleichtern.

Nach zweieinhalbjährigen Vorbereitungen werden seit Juli 1969 erste Versuche mit dem IBS unternommen.

Im Presse- und Informationsamt befindet sich ein Terminal, bestehend aus Datensichtgerät, Tastatur und Schnelldrucker. Dieses Terminal ist über eine Standleitung mit einer in Köln befindlichen großen EDV-Anlage verbunden. Für den ersten Großversuch sind die aktuellen politischen Unterlagen des Referats „Chef vom Dienst“ des Presse- und Informationsamtes gewählt worden. Die dort befindlichen Unterlagen umfassen die allgemeine Politik und Wirtschaftspolitik und haben in der Regel offiziellen oder halbamtlichen Charakter. Bis Ende des Jahres 1970 werden voraussichtlich 30 000 Dokumente dieses Referats aufbereitet und eingespeichert sein. Der

Versuch an dem Modell „Chef vom Dienst“ soll dann auf andere Dokumente politischen Inhalts ausgeweitet werden. Voraussichtlich 1972/73 soll ein betriebsfertiges, benutzerfreundliches System vorgestellt werden können.

#### 4.2.3. Aus dem Bereich des Bundesministers der Justiz

##### *Rationalisierung des Arbeitsablaufs beim Deutschen Patentamt München*

Der Einsatz einer EDV-Anlage beim Deutschen Patentamt (DPA) in München ist ein Teil des umfassenden Projekts, die Bewältigung der umfangreichen Aufgaben des DPA zu rationalisieren. Auch dieses Projekt wird vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Rahmen des obengenannten Programms gefördert. Dabei ist zunächst an den Aufbau eines „Informationssystems Patentwesen“ gedacht, das später auch auf das Gebrauchsmuster- und Warenzeichenwesen ausgedehnt werden soll.

Beim „Informationssystem Patentwesen“ wird in Verfahrensinformation und Technische Information unterschieden.

Die Verfahrensinformation gliedert sich in interne Informationen, die zur Bearbeitung der Patentanmeldungen erforderlich sind, z. B. Fristen- und Gebührenüberwachung, und externe Informationen, die das DPA der Öffentlichkeit zu liefern hat, z. B. Führen der Patentrolle, Drucken von Patentschriften sowie Statistik als Kondensationsprodukt. Die Technischen Informationen werden in Methoden der besseren Bibliotheks- und Prüfstofferschließung sowie in die eigentliche Patentdokumentation unterteilt.

Für die Zukunft ist vorgesehen, ein integriertes Informationssystem zu entwickeln.

##### *Errichtung eines Bundeszentralregisters (Strafregister)*

Aufgabe dieses Projekts ist es unter anderem, die 93 Strafregister bei den Staatsanwaltschaften der Bundesländer sowie das Bundesstrafregister in Berlin zu einem zentralen Register zusammenzufassen. Dabei soll der Einsatz elektronischer Datenverarbeitung die bisherige mühselige Führung von Urkundensammlungen als Handkarteien ablösen und sicherstellen, daß durch unmittelbare Fernabfrage der Staatsanwaltschaften und Kriminalämter die Auskunft aus dem Strafregister rascher als nach dem bisherigen System erteilt werden kann. Darüber hinaus könnte durch einen Verbund mit dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern eine wirksamere Verbrechensbekämpfung ermöglicht werden.

Der Entwurf eines Gesetzes über das Zentral- und Erziehungsregister wird zur Zeit im Deutschen Bundestag beraten (Drucksache VI/477).

##### *Juristische Datenbank*

Ziel dieses Projekts ist es, ein automatisiertes Informationssystem zu entwickeln, das es erlaubt, zu einer optimalen Beherrschung der Informationsfülle auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Rechtsprechung und der Rechtsliteratur zu kommen. Das Sy-

stem soll der Erleichterung der Gesetzgebungsarbeit dienen, indem es schnelle und zuverlässige Kontrollen der verwendeten Rechtsbegriffe sowohl innerhalb des in Frage stehenden Gesetzes wie auch in anderen Gesetzen, Kontrollen von Konkurrenzen und Widersprüchen sowie von Blankettnormen ermöglicht. Ferner soll es die mit der Rechtsanwendung betrauten Stellen von einer zeitraubenden herkömmlichen Informationsbereitstellung befreien, eine einheitliche Rechtsanwendung fördern und damit die Rechtssicherheit erhöhen. Schließlich soll das System in der Lage sein, allen interessierten Stellen zu bestimmten Rechtsfragen die bestehenden gesetzlichen Regelungen, die dazu ergangene Rechtsprechung und die einschlägige Rechtsliteratur nachzuweisen.

Die Arbeitsgruppe für Datenverarbeitung im Bundesministerium der Justiz hat hierzu ein Grundsatzkonzept erarbeitet, das als Beilage Nr. 8/70 zum Bundesanzeiger Nr. 41 vom 28. Februar 1970 veröffentlicht wurde und auf welches hinsichtlich der Einzelheiten verwiesen wird.

#### 4.2.4. Aus dem Bereich des Bundesministers für Verkehr

##### *Bundesanstalt für Straßenwesen*

Um auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Baues und der Unterhaltung der Bundesfernstraßen hinwirken zu können, müssen laufend technisch-wissenschaftliche Untersuchungen und Berechnungen durchgeführt werden, die bei manueller Erledigung wegen ihres Umfangs und ihres Schwierigkeitsgrades einen unvermeidbaren großen Kräfte- und Zeitaufwand erfordern würden.

Die in der Bundesanstalt zu schaffenden Grundlagen zur Erhöhung der Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs erfordern ebenfalls technisch-wissenschaftliche Berechnungen sowie die Auswertung von Zählungen und Messungen mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung und die Anwendung moderner Verfahren der Informationswiedergewinnung in der Dokumentation.

##### *Verkehrsdatenbank*

Bei der Bundesanstalt für Straßenwesen soll außerdem eine Verkehrsdatenbank eingerichtet werden. Die Datenbank soll für die Verkehrspolitik wichtige Daten speichern und — zum Teil mit anderen Daten — so miteinander verknüpfen, daß Entscheidungshilfen für eine integrierte Verkehrswege- und Investitionsplanung auf Grund von Daten über den Istzustand der einzelnen Wege, der Raumordnung, der Entwicklung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie der Kosten für Investitionen, Betrieb und Unterhaltung gegeben werden können.

Am weitesten fortgeschritten sind die Arbeiten zur Errichtung einer Straßendatenbank als Teil dieser Verkehrsdatenbank. Im Ausbauplan für die Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 hat die Planung für die Straßenbauinvestitionen der Zukunft ein solches Ausmaß erreicht, daß sie nur noch mit modernsten Hilfsmitteln durchgeführt werden kann. In der neuen Straßendatenbank sollen alle für den Straßenverkehr und für den Straßenbau unmittelbar

und mittelbar bedeutsamen Daten gespeichert und miteinander in Verbindung gebracht werden. Der Informationswert solcher vielseitiger Daten ermöglicht überhaupt erst eine optimale Straßenplanung.

Straßen- und Straßenverkehrsdaten — wozu auch die Unfalldaten gehören — erlauben in Verbindung mit Daten aus anderen Bereichen, wie z. B. Bevölkerungsdichte, Arbeitsplatzdichte, Bruttoinlandsprodukt, die Wechselbeziehungen zwischen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur einerseits und Verkehrsstruktur andererseits zu analysieren. Durch die in der Straßendatenbank enthaltenen Daten über die Qualität der Straße und ihre Verkehrsbelastung ergibt sich weiterhin die Möglichkeit, Maßstäbe zu entwickeln, nach denen das Straßennetz ausgebaut werden muß, um die größtmögliche Verkehrswirksamkeit zu erreichen.

#### **4.2.5. Aus dem Bereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

Im Fernmeldewesen wird der Einsatz eines Verbundsystems von EDV-Anlagen vorbereitet, das sowohl die programmierte Betriebsabwicklung der Fernmeldedienste als auch die automatische Bereitstellung und Verarbeitung von Informationen für die Unterhaltung und Weiterentwicklung dieser Dienste ermöglichen soll. Ziel ist es, das technische und das Verwaltungspersonal von zeitraubenden Routine- und Rechenarbeiten zu entlasten sowie Planung, Bau, Wartung und Verwaltung der automatisierten Fernmeldenetze dem sich wandelnden Bedarf vorausschauend anzupassen. Hierzu ist ein umfassendes System integrierter Datenverarbeitung erforderlich mit vielfältigen Möglichkeiten der Datenfernverarbeitung und dem Direktzugriff zahlreicher Fachdienststellen auf die in einer „Datenbank des Fernmeldewesens“ gespeicherten Informationen.

#### **4.2.6. Aus dem Bereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

Im vielfältig gegliederten System der sozialen Sicherung sind die Versicherten in den einzelnen Versicherungssparten weitgehend identisch. Da für die Verwaltungen oft die gleichen Daten wichtig sind, liegt der Plan nahe, die benötigten Daten nur einmal aufzunehmen, um sie dann allen zuständigen Verwaltungen zur Verfügung zu stellen.

Alle Daten zur Versicherungspflicht entstehen durch das Beschäftigungsverhältnis, also beim Arbeitgeber. Er führt den Sozialversicherungsbeitrag pauschal an die zuständige Krankenkasse ab, die die Beitragssummen nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages der Bundesanstalt für Arbeit und den Rentenversicherungsträgern überweist. In diesem pauschalen Verfahren gibt es nur einen individuellen Nachweis: Bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, spätestens aber zum Jahresende, wird das versicherungspflichtige Entgelt jedes Beschäftigten in die Versicherungskarte eingetragen. Diese Karten werden etwa alle 3 Jahre umgetauscht und bei den Rentenversicherungsträgern archiviert. Es ist geplant, statt dessen „Scheck“-Hefte auszugeben, deren Schecks von den Arbeitgebern mit Schreib-

maschine auszufüllen sind. Diese Schecks können, wie Versuche ergaben, mindestens zu 60 % maschinell gelesen werden; der Rest wird abgelocht.

Betrieben, die Lohn und Gehalt auf Datenverarbeitungsanlagen abrechnen, wird gleichzeitig mit der Einführung des Scheckverfahrens gestattet, die entsprechenden Daten mit Magnetband den zuständigen Rentenversicherungsträgern zu übermitteln. Damit entfällt bei diesen Betrieben jede manuelle Arbeit — die Daten werden sogar ausnahmslos bei den Rentenversicherungsträgern maschinell gelesen.

Damit sind alle versicherungstechnisch relevanten Daten maschinell erfaßt, sie werden bei den Rentenversicherungsträgern elektronisch gespeichert (Versichertenbestandsführung) und mit Datenträgern (Magnetbänder, Lochkarten) der Bundesanstalt für Arbeit (Beschäftigungsbestandsführung) und den Krankenversicherungsträgern (soweit dort noch keine Datenverarbeitungsanlage installiert ist, natürlich in entsprechenden Listen) mitgeteilt. Hieraus aggregierte Daten dienen gleichzeitig in der dann zu schaffenden Sozialdatenbank als Grundlage für politische Entscheidungen, Planspiele und Berechnungen des finanziellen Status.

#### **4.2.7. Aus dem Bereich des Bundesministers des Innern**

##### *Statistisches Bundesamt*

Das Statistische Bundesamt hat mit dem Aufbau einer Statistischen Datenbank begonnen. Hier sollen wichtige Ergebnisse vieler Statistiken in vergleichbarer Form gespeichert werden, um für Auskünfte und zusätzliche Auswertungen, insbesondere die Kombination verschiedener Statistiken, zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus soll die Datenbank Hilfen für wissenschaftliche Analysen, Modellrechnungen, Vorausschätzungen und Planungen auf den Gebieten der Steuer- und Finanzpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, der Raumordnung usw. geben.

##### *Bundeskriminalamt*

Die Aufgabe des beim Bundeskriminalamt mit EDV einzurichtenden „Allgemeinen kriminalpolizeilichen Informations- und Auskunftssystems“ besteht darin, im Zuge der Auswertungstätigkeit möglichst alle im Bundeskriminalamt vorhandenen und künftigen Erkenntnisse zu berücksichtigen und den Kriminalpolizeien in den Ländern alle einschlägigen Erkenntnisse zu übermitteln.

Das „Allgemeine kriminalpolizeiliche Informations- und Auskunftssystem“ soll sich wie folgt gliedern:

1. Teilsystem Personenauskunft
2. Teilsystem unaufgeklärte Straftaten
3. Teilsystem allgemeine Sachfahndung
4. Teilsystem Kfz-Fahndung

Daneben soll ein stichwortorientiertes Dokumentationssystem über für kriminalistisch-kriminologische Untersuchungen relevante Veröffentlichungen und über gutachtliche Tätigkeit (Kriminaltechnik) aufgebaut werden.

In der ersten Ausbaustufe wird der zum Teilsystem „Personenauskunft“ gehörende Bereich „Personenfahndung“ demnächst in die elektronische Datenverarbeitung überführt werden. Nächster Schritt wird die Automatisierung des zentralen Index über alle im Bundeskriminalamt erfaßten Personendaten sein. Eine von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt eingesetzte Arbeitsgruppe Daktyloskopie hat ihre Untersuchung zu der Frage eines neuen Klassifizierungssystems positiv abgeschlossen. Das neue Klassifizierungssystem soll zur Verschmelzung der Einzel- und der Zehnfingerabdrucksammlung führen und dadurch den Vergleich am Tatort erfaßter Einzelfingerabdrücke mit früheren Zehnfingerabdrücken maschinell in der Praxis zu lassen.

Endziel ist der Aufbau eines Verbundsystems mit den Kriminalpolizeistellen der Länder mit der Möglichkeit der direkten Fernabfrage durch Dienststellen in den Ländern. Zur Erleichterung eines solchen künftigen Informationsaustausches strebt das Bundeskriminalamt Absprachen mit den interessierten Stellen über Umfang und Art von Grunddatensätzen an. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß den Dienststellen der Länder ein Vorschlag vorgelegt werden konnte.

Im übrigen wird auf die Drucksachen V/3792 und V/4562 verwiesen.

#### **4.3. Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH**

Bei der Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten über neuartige EDV-Anwendungen und der gutachterlichen Beratung bei der Einführung von Informationssystemen in der Bundesverwaltung soll zunehmend auch die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung m. b. H. mitwirken. Diese Forschungseinrichtung wird vom Bund, vertreten durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, und dem Land Nordrhein-Westfalen getragen. Die Rechtsform einer GmbH wurde gewählt, weil sich diese bei Großforschungseinrichtungen gut bewährt hat (z. B. Gesellschaft für Kernforschung m. b. H., Gesellschaft für Strahlenforschung m. b. H.).

### **5. Planung eines allgemeinen arbeitsteiligen Informationssystems für die Bundesrepublik Deutschland**

#### **5.1. Allgemeines**

In der Möglichkeit der leichteren Informationsgewinnung mit Hilfe der EDV liegt auf lange Sicht eine bedeutende Chance, der steigenden Informationsflut Herr zu werden und die in allen Lebensgebieten vielfältig wachsenden Erkenntnisse zu nutzen. Dies ist in Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft des In- und Auslandes erkannt worden. Es laufen daher vielfältige Bemühungen zum Aufbau von Dokumentations- und Informationssystemen,

die jeweils auf besondere Verwendungszwecke abgestellt sind.

#### **5.2. Informationssysteme für Bundesregierung und Parlament**

Entsprechende Bestrebungen sind auch in der Bundesverwaltung im Gange. An verschiedenen Stellen werden Überlegungen zur Errichtung von Datenbanken als Grundlage von Informationssystemen angestellt (vgl. z. B. die unter 4.2. aufgeführten Vorhaben). Es ist dringend geboten, diese Initiativen aufeinander abzustimmen und zu versuchen, ein auf die Bedürfnisse von Parlament, Regierung und Verwaltung abgestelltes Informationssystem zu entwickeln.

Ein solches Informationssystem soll

- möglichst lückenlos die notwendigen Informationen aus verschiedenen Datenbanken bereitstellen können und
- grundsätzlich allen Beteiligten zur Verfügung stehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Gesamtkonzeption für den Bund erforderlich. Diese setzt u. a. die Erfassung von Art und Umfang relevanter Informationsbereiche und die Feststellung, wo die Informationen entstehen oder erfaßt werden können, voraus. Die gegenwärtig laufenden Automationsarbeiten der Bundesverwaltung müssen auf die Gesamtkonzeption Rücksicht nehmen.

Allerdings dürfen nicht zu hohe Erwartungen an ein solches automatisiertes Informationssystem gestellt werden. Zwar kann erwartet werden, daß es bei der Entscheidungsvorbereitung von Parlament, Regierung und Verwaltung Hilfen geben und die Informationsbedürfnisse besser als heute befriedigen wird. Es wird aber nicht in der Lage sein, automatisch alle Entscheidungsprozesse oder Planungen durchzuführen und Zielsetzungen zu geben.

Die Zielvorstellung bei der Planung des Informationssystems schließt von vornherein aus, daß die Exekutive sich etwa Informationsmonopole schaffen und so ein Übergewicht gegenüber dem Parlament erhalten könnte. Vielmehr soll das Informationssystem des Bundes offen sein und dem Parlament — den Fraktionen wie jedem einzelnen Abgeordneten —, der Exekutive und der Rechtsprechung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gleichermaßen zur Verfügung stehen. Ein solches offenes Informationssystem wird den politischen Kräften im Lande einen besseren und gleichmäßigeren Zugang zu Informationen ermöglichen und so zur Versachlichung der politischen Diskussion beitragen können. Die Bundesregierung wird den Bundestag schon frühzeitig bei den Planungen beteiligen.

#### **5.3. Allgemeines Informationssystem**

Ähnliche Bestrebungen wie beim Bund sind auch in Ländern, Gemeinden und in sonstigen öffentlichen und privaten Bereichen vorhanden. Von vielen

wird daher gefordert, auf der Grundlage der entstehenden Datenbanken im Rahmen einer Gesamtkonzeption ein Informationssystem zu schaffen, das auf dem Prinzip der Arbeitsteilung beruhend jedenfalls publizierte Daten aus vielen Fachbereichen der Allgemeinheit zugänglich macht (vgl. Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. März 1969 zu Umdruck 631 Buchstabe j).

Es hat sich schon bisher gezeigt, daß beim Aufbau von Datenbanken im öffentlichen wie im privaten Bereich Datenbestände bearbeitet werden, die wechselseitig von Interesse sind. Der Wirtschaftlichkeit würde es dienen, wenn es, soweit möglich, rechtzeitig zu Absprachen über den Datenaustausch käme.

Dabei wären

- methodische Fragen abzustimmen,
- Zuständigkeiten für die Bearbeitung von Teilbereichen abzugrenzen,
- die Eingabe der in jedem Teilbereich anfallenden Informationen aufzuteilen und
- das Recht zur Gewinnung der im Gesamtsystem enthaltenen Informationen durch jeden Beteiligten festzulegen.

Es muß dabei sichergestellt werden, daß die öffentlichen Interessen und die Interessen des einzelnen (Privatsphäre!) gewahrt bleiben.

Die Lösung der damit angesprochenen Fragen ist außergewöhnlich schwierig. Die Bundesregierung wird deshalb unverzüglich einen interministeriellen Arbeitskreis einrichten, der dem Kabinettsausschuß für die Reform der Struktur von Bundesregierung und Bundesverwaltung unterstellt wird. Dieser soll binnen Jahresfrist entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Der Deutsche Bundestag soll Gelegenheit erhalten, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen. Die so erarbeiteten Vorstellungen sollen in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

Bei diesen Planungen wird das Entstehen überstaatlicher und internationaler Informationssysteme zu berücksichtigen sein.

## 6. Koordinierung der EDV im öffentlichen Bereich

### 6.1. Notwendigkeit der Koordinierung

Die EDV-Anwendung setzte in größerem Ausmaß um das Jahr 1960 in mehreren Teilbereichen aller Verwaltungsebenen ein, wo der Anfall von Routine- und Massenarbeiten den Einsatz von EDV-Anlagen nahelegte. Eine Koordinierung war der Eigeninitiative einzelner Anwender oder Anwendergruppen überlassen. Überlegungen über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Anlage oder die Entwicklung geeigneter Programme wurden fast ausschließlich von den Anwendern gemeinsam mit den Herstellerfirmen angestellt.

Sinn einer nach Jahren der Entwicklung einsetzenden Koordinierung kann es nicht sein, rückwirkend

von Anfang an eine Abstimmung nachzuholen. Möglich und notwendig auch für bereits in Betrieb befindliche EDV-Anlagen ist allerdings die Herbeiführung eines Ausgleichs verfügbarer Rechen-Kapazitäten. Im übrigen sollte sich die Koordinierung auf neue EDV-Vorhaben und bei Änderungen bestehender Systeme auf die dadurch notwendig werdenden Maßnahmen (z. B. Ersatzbeschaffungen) erstrecken, um dabei mit Hilfe einheitlicher Grundsätze für die Beschaffung, für die Entwicklung und den Austausch von Programmen, für die Ausbildung usw. zur größten Effektivität aller eingesetzten EDV-Anlagen beizutragen.

Könnte bei der bisherigen Entwicklung im Interesse der beschleunigten Durchführung umfangreicher Aufgaben in einigen Fällen der Nachteil nicht optimaler Nutzung der EDV-Anlagen in Kauf genommen werden, würde sich bei dem integrierten EDV-Einsatz zur Lösung umfassender Aufgabenkomplexe das Fehlen einer schon bei der Planung einsetzenden Koordinierung zum Schaden der zu bewältigenden Aufgaben selbst auswirken müssen.

## 6.2. Koordinierung der EDV in der Bundesverwaltung

### 6.2.1. Situation und Tätigkeit der Koordinierungsstelle

Die im Jahre 1968 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages im Bundesministerium des Innern errichtete Koordinierungsstelle hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die ihr übertragenen Aufgaben, wie sie im ersten Bericht der Bundesregierung (Drucksache V/3355 S. 5 f.) dargelegt sind, entsprechen nach Art und Umfang den dargelegten Erfordernissen einer sinnvollen Koordinierung. Allerdings konnten die der Koordinierungsstelle zur Verfügung stehenden Stellen noch nicht restlos besetzt werden. Trotz dieser bis heute unzureichenden personellen Besetzung der Koordinierungsstelle konnten in Zusammenarbeit mit den Bundesressorts wertvolle Ansätze geschaffen werden, die für den weiteren Fortgang der Arbeiten wichtig sind.

#### 6.2.1.1. Einrichtung eines Interministeriellen Ausschusses für die Koordinierung der EDV in der Bundesverwaltung

Der Ausschuß wurde durch Kabinettsbeschluß am 18. September 1968 eingerichtet. Der Interministerielle Ausschuß ist bei allen Koordinierungsmaßnahmen einzuschalten, die von genereller Bedeutung sind oder jeweils mehrere Bundesressorts betreffen. Damit sollen gleichzeitig die in den verschiedenen Bereichen der Bundesverwaltung bereits mit der EDV gemachten Erfahrungen zusammengeführt und für alle Beteiligten zugänglich gemacht werden. Die konstituierende Sitzung fand am 10. Dezember 1968 statt.

Zur Unterstützung der Koordinierungsstelle und zur Abstimmung innerhalb der Ressorts bei der Lösung der vordringlichsten Koordinierungsaufgaben wurden zunächst fünf und zu Beginn dieses Jahres zwei weitere Arbeitskreise, bestehend aus sachverständigen Vertretern verschiedener Bundesressorts, gebildet:

- Arbeitskreis für Programmbibliothek, Programmdokumentation und gemeinsame Programmiergruppen
- Arbeitskreis für Beschaffungsgrundsätze
- Arbeitskreis für Kapazitätsausgleich
- Arbeitskreis für Kompatibilitätsfragen
- Arbeitskreis für das Bundesdatenbanksystem
- Arbeitskreis Berufsbilder und Ausbildung
- Arbeitskreis Rechenbedarf der Bundesregierung

#### 6.2.1.2. Vordringliche Koordinierungsaufgaben

##### *Programmbibliothek, Programmdokumentation und gemeinsame Programmiergruppen*

Aufgabe ist es, zunächst Richtlinien für die Programmdokumentation als Teil einer einheitlichen Regelung für eine gemeinsame Programmbibliothek und zur Optimierung von Aufbau, Ablauf und Pflege der Programme (Arbeitsanweisung) zu erstellen.

##### *Beschaffungsgrundsätze*

Erste Überlegungen für Grundsätze, die die VOL A ergänzen und für die Anschaffung von EDV-Anlagen im Bundesbereich allgemein gelten sollen, sind angestellt worden. Auf dieser Grundlage und nach Abschluß weiterer Vorarbeiten wird die Koordinierungsstelle einen Entwurf der Beschaffungsgrundsätze erstellen. Dazu gehört auch die Festlegung technischer Lieferbedingungen; sie werden Mittel sein, um u. a. auf eine möglichst große Kompatibilität hinzuwirken.

##### *Kapazitätsausgleich*

Die Grundzüge eines Verfahrens für den Ausgleich freier Rechnerkapazität wurden in dem zuständigen Arbeitskreis entwickelt, der auch über ein von der Koordinierungsstelle erarbeitetes und vorgeschlagenes Schema zur Erfassung aller EDV-Anlagen des Bundes und ihrer Auslastung beraten hat. Der Vorschlag wird von der Koordinierungsstelle gemäß dem Beratungsergebnis überarbeitet. Wegen der Herbeiführung eines Kapazitätsausgleichs bei einzelnen Projekten wird auf die Ausführungen zu Ziffer 6.2.1.3. (Seite 36 des Berichts) verwiesen.

##### *Kompatibilitätsprobleme*

Die Koordinierungsstelle und der zuständige Arbeitskreis haben sich mit der Gliederung und Definition des Kompatibilitätsproblems befaßt. Im Arbeitskreis wurde beschlossen, mit interessierten Kreisen in Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft Verbindung aufzunehmen, um die zur Lösung des Problems notwendige Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu gewährleisten. Kontakte mit dem Ziel, auch die auf dem deutschen Markt vertretene Computerindustrie dafür zu gewinnen, wurden aufgenommen.

Bei der Behandlung dieses Problems ist zu beachten, daß dem Bedürfnis nach möglichst großer Kompatibilität die Forderung gegenübersteht, die auf dem

Gebiet der Datenverarbeitung noch immer große technische Fortentwicklung nicht zu behindern. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten sind wohl Grund dafür, daß auch in den USA die Lösung der Kompatibilitätsprobleme noch in den Anfängen steckt. Die für die US-Bundesverwaltung erlassenen Bestimmungen zur Datenträgerkompatibilität werden zur Zeit daraufhin überprüft, ob sie auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik, evtl. entsprechend modifiziert, übertragen werden können. Die Kompatibilitätsprobleme werden sich wegen der starken internationalen Verflechtung bei der Herstellung von EDV-Anlagen nur langfristig lösen lassen. Das gilt auch für die angestrebte Durchsetzung des metrischen Maßsystems und von DIN-Formaten bei den peripheren Geräten.

##### *Bundesdatenbanksystem*

Hierzu wird auf die Darstellung unter Ziffer 5 (Seite 13 ff. des Berichts) verwiesen.

##### *Berufsbilder und Ausbildung*

Wie in der Wirtschaft besteht auch in der Bundesverwaltung ein erheblicher Bedarf an Fachpersonal für Automatisierungsaufgaben. Die Diskrepanz zwischen Personalbedarf und Personalangebot ist so groß, daß es für die öffentliche Verwaltung praktisch aussichtslos ist, das notwendige Personal durch öffentliche Ausschreibung der zu besetzenden Stellen zu gewinnen. Wegen des weiter ansteigenden Bedarfs ist in absehbarer Zeit mit einer Änderung dieser Situation nicht zu rechnen. Dieser Engpaß wirkt sich nachteilig im Tarif- und Besoldungssektor aus. Es kommt hinzu, daß die für den öffentlichen Bereich geltenden Angestelltentarife nicht den Funktionen des in der EDV eingesetzten Personals angepaßt sind. Dahin gehende Überlegungen der Tarifpartner für den öffentlichen Dienst sind im Gange. Entsprechendes gilt für den Beamtensektor. Eine weitere Schwierigkeit tritt dadurch auf, daß es für die neuen Berufe (Maschinenbediener, Programmierer, Systemanalytiker, EDV-Organisatoren) keine einheitlichen Definitionen der Aufgaben und keine Grundsätze über die Ausbildung gibt. Um diese Lücken beschleunigt zu schließen und zur Unterstützung der Bemühungen der Tarifpartner wurde der Arbeitskreis Berufsbilder und Ausbildung eingerichtet, um einheitliche Berufsbilder für das im öffentlichen Bereich eingesetzte EDV-Personal und auf diese Berufsbilder zugeschnittene Ausbildungsprogramme festzulegen.

##### *Rechenbedarf der Bundesregierung*

Art und Umfang der EDV-Anwendung in den Bundesressorts sind sehr unterschiedlich. Wie in den nächsten Jahren Rechenbedarf der Bundesregierung insgesamt am besten gedeckt werden kann, ist eine wichtige Koordinierungsaufgabe, die noch zu lösen ist. Der neu gebildete Arbeitskreis Rechenbedarf der Bundesregierung hat den Auftrag, entsprechende Planungen zu intensivieren und so rechtzeitig abzuschließen, daß sie bei der Gesamtplanung von Regierungsneubauten noch Berücksichtigung finden können.

### 6.2.1.3. Mitwirkung und Beratung der Bundesbehörden bei der Verwirklichung von einzelnen EDV-Vorhaben

Die Entscheidung über die Einführung der EDV und die Beschaffung einer EDV-Anlage ist mit organisatorischen, personellen und finanziellen Konsequenzen von erheblicher Tragweite verbunden. Da der Stand der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung und die praktischen Erfahrungen in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich sind, kommt der sachverständigen Beratung und Unterstützung erhebliche Bedeutung zu. Nach einem Kabinettsbeschuß vom 18. September 1968 ist deshalb die Koordinierungs- und Beratungsstelle bei der EDV-Planung und bei der Beschaffung von EDV-Anlagen zu beteiligen. Dadurch soll erreicht werden, daß sowohl bei den organisatorischen als auch den maschinenbezogenen Entscheidungen die zweckmäßigste und wirtschaftlichste Lösung gefunden wird, die unter Umständen auch die Einordnung in ein Verbundsystem offenläßt.

Bisher hat die Koordinierungsstelle bei 31 größeren EDV-Vorhaben im Bundesbereich mitgewirkt.

### 6.3. Ausbildung von Personal für EDV-Aufgaben

Die Bundesverwaltung sorgt für die Ausbildung des benötigten EDV-Fachpersonals weitgehend selbst. Dies geschieht in eigenen Lehrveranstaltungen verschiedener Verwaltungsbereiche oder durch die Beschickung von Lehrgängen und Seminaren, die von anderen Stellen (z. B. Herstellerfirmen, Gewerkschaften) ausgerichtet werden. So wurden z. B. in den Jahren 1968/1969 im Bereich der Deutschen Bundespost u. a. 40 Lehrgänge mit rund 1100 Teilnehmern (davon rd. 1000 in einwöchigen Einweiskursen und rd. 100 in längeren Ausbildungs- oder Fortbildungslehrgängen) durchgeführt und 20 Kräfte des höheren Dienstes in einem zehnmonatigen Lehrgang umfassend ausgebildet. Das Ausbildungsprogramm des BMVg sieht u. a. für dieses Jahr 33 Lehrgänge für EDV-Programmierer (rd. 700 Teilnehmer) vor, die vom Bundeswehrverwaltungsamt durchgeführt werden.

Die Eigenausbildung des Bundespersonals konnte 1969 durch die Einrichtung von sechsmonatigen Informatiklehrgängen bei der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung m. b. H. verstärkt werden. An dem ersten Lehrgang haben rund 50 Bundesbedienstete, fast ausschließlich gehobener Dienst, teilgenommen, die sich vor Lehrgangsbeginn einem Eignungstest unterworfen hatten. Die Teilnehmerzahl wird durch Parallelveranstaltungen und programmierten Unterricht erhöht werden.

Für den Aufbau und die optimale Nutzung integrierter Informationssysteme werden von einem größeren Kreis von Beamten des höheren Dienstes Kenntnisse der automatisierten Datenverarbeitung und ihrer personellen, technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Konsequenzen gefordert. Auf dieses Ziel hin wird daher die Ausbildung des höheren Dienstes in nächster Zeit betrieben.

Die Ausbildung wird wesentlich dadurch erschwert, daß in Betracht kommende Beamte oft nicht für längere Zeit an ihrem Arbeitsplatz entbehrt werden können. Der Haushaltsentwurf 1970 sieht 80 Stellen des gehobenen und 30 Stellen des höheren Dienstes für Ersatzkräfte der Teilnehmer an längeren EDV-Lehrgängen vor. Die Bewilligung der Stellen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Intensivierung der Ausbildung.

Zwingendes Erfordernis für eine weitere Automatisierung ist nicht nur das ausreichende Vorhandensein von EDV-Fachkräften. Hinzu kommen muß die Akzeptierung der speziellen Erfordernisse der EDV durch die gesamte Verwaltung. Es ist daher eine breite Information über Möglichkeiten und Arbeitsweise der EDV notwendig. Dies geschieht — aber noch nicht ausreichend — durch Kurzlehrgänge und durch Vorträge über die EDV in anderen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen. Eine Hilfe wird voraussichtlich die in Vorbereitung befindliche Fernsendsereihe „Grundlagen der Datenverarbeitung“ (voraussichtlich 26 halbstündige Folgen) sein. Es wird geprüft, in welcher Weise die Teilnahme von Bundesbediensteten an diesen Fernlehrgängen gefördert werden kann.

Bisher haben sich die Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden zur Deckung ihres Bedarfs an EDV-Fachkräften der verschiedensten Einrichtungen (z. B. der Herstellerfirmen, der Gewerkschaften und zum Teil auch eigener Ausbildungseinrichtungen) bedient. Angesichts des oben aufgezeichneten Nachholbedarfs und der für die geplanten EDV-Vorhaben noch auszubildenden Kräfte (vgl. die Ausführungen unter Ziff. 3.3. und 4.1., S. 17 und S. 20) sind wesentlich stärkere eigene Ausbildungsanstrengungen der Verwaltung unumgänglich.

### 6.4. Erarbeitung von Grundsätzen für eine automationsgerechte Gesetzgebung

Die zunehmende Ausführung von Gesetzen, insbesondere von Leistungsgesetzen mit Hilfe von EDV-Anlagen, erfordert es, daß alle am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten besonderes Augenmerk auf eine automationsgerechte Gestaltung aller in Frage kommenden Vorschriften richten. Der Bundesminister des Innern erarbeitet daher gegenwärtig „Grundsätze für eine automationsgerechte Gesetzgebung“. Zu diesem Zweck ist bei den Obersten Bundesbehörden eine Erhebung über die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz von EDV-Anlagen bei der Gesetzesausführung durchgeführt worden. Auch die Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben ihre Überlegungen mitgeteilt. Im Land Bayern hat der Ministerrat bereits am 1. Juli 1969 „Vorläufige Grundsätze für das automationsgerechte Abfassen von Vorschriften“ beschlossen.

Ein automationsgerechtes Gesetz muß zwei Forderungen miteinander vereinbaren: Auf der einen Seite soll es die durch die EDV-Anwendung geschaffenen technischen Möglichkeiten — möglichst rationell — nutzen. Andererseits soll dadurch die materielle Gerechtigkeit im Einzelfall möglichst nicht beeinträchtigt werden. Das Ziel muß daher eine

optimale, nicht eine maximale Nutzung der EDV-Technik sein.

Dieses Ziel zu erreichen, kann im Einzelfall schwierig sein, denn eine Vielzahl von Gesichtspunkten ist zu berücksichtigen. Wo irgend möglich, sollte beispielsweise auf Sonderregelungen verzichtet und eine Pauschalierung angestrebt werden. Bei einem Gesetz, aufgrund dessen Leistungen gewährt oder verlangt werden, muß auf Klarheit, Übersichtlichkeit und logische Gestaltung der Bemessungsgrundlage geachtet werden. In Gesetzen enthaltene Tabellen sollten so nach Formeln aufgebaut sein, daß nicht mehr die gesamte Tabelle, sondern nur noch die Formel gespeichert zu werden braucht. Große Bedeutung kommt der Verwendung einer einheitlichen Terminologie zu. Bei jeder neuen gesetzlichen Regelung sollte geprüft werden, ob statt einer neuen Datenerfassung ein Rückgriff auf bereits vorhandene Datenbestände ausreicht.

Wenn Gesetze unter diesen und noch weiteren Gesichtspunkten geprüft werden sollen, ist eine gründliche Durcharbeitung unabdingbar. Die automationsgerechte Gestaltung muß daher innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens möglichst frühzeitig geprüft und auch im weiteren Verfahren stets bedacht werden.

Die Forderung, ein Gesetz automationsgerecht zu gestalten, kann im Gesetzgebungsverfahren immer nur eines neben mehreren anderen Momenten sein. Sie wird aber in aller Regel auch mit anderen politischen Zielen zu vereinbaren sein. Jedenfalls sollte diese Frage nie übersehen werden, da ja der Bürger es ist, der aus einer optimalen Nutzung der durch die EDV gegebenen Möglichkeiten vor allem Nutzen zieht.

Im Interesse des Bürgers liegt auch eine Regelung, die in dem vom Bundesminister des Innern erarbeiteten Entwurf eines Verwaltungsverfahrensgesetzes aufgenommen worden ist. In immer größerer Zahl erhält heute der Bürger Bescheide, die mit Hilfe einer EDV-Anlage erstellt worden sind. Daraus darf ihm kein Nachteil erwachsen. Vor allem muß sichergestellt sein, daß auch der maschinell erstellte Bescheid für den Bürger lesbar, inhaltlich verständlich und somit nachprüfbar ist. Deshalb können nach dem Entwurf des Verwaltungsverfahrensgesetzes Schlüsselzahlen zur Inhaltsangabe nur dann verwendet werden, wenn derjenige, für den der Verwaltungsakt bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, aufgrund der darin gegebenen Erläuterungen den Inhalt des Verwaltungsaktes eindeutig erkennen kann.

## 6.5. Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden

Wegen der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern und dem kommunalen Bereich, insbesondere bei der Klärung von Fragen, die für alle Beteiligten von Bedeutung sind — dies gilt ausnahmslos für alle geplanten großen Datenbank- und sonstigen Anwendungssysteme im Bereich des BMF, BMJ, BMV, BMA, BMWi, BML und BMI — ist eine Vielzahl von Verbindungen mit den Ländern

und den kommunalen Spitzenverbänden hergestellt worden. Davon sind folgende große Bereiche der Zusammenarbeit hervorzuheben:

### 6.5.1. Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle mit Ländern und Gemeinden

Die Notwendigkeit der Koordinierung im Bereich der EDV besteht auf allen Ebenen der Verwaltung. Deshalb haben die Landesregierungen ebenso wie der Bund Koordinierungseinrichtungen geschaffen. Der Einsatz der EDV-Anlagen im kommunalen Bereich wird von den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln koordiniert.

Die Koordinierungsaufgaben aller Verwaltungsebenen sind weitgehend von gleicher Art und lassen sich auf bestimmten Gebieten sinnvoll nur gemeinsam lösen. Deshalb haben der Bund und die Länder in einer konstituierenden Sitzung am 26. Februar 1970 einen Kooperationsausschuß, bestehend aus der Koordinierungsstelle des Bundes und den Koordinierungsreferenten der Länder gebildet, dem auch die Kommunalen Spitzenverbände und die Kommunale Gemeinschaftsstelle in Köln angehören.

Alle Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise, soweit sie für die Länder und Gemeinden von Bedeutung sind, werden auch im Kooperationsausschuß beraten und den Ländern und Kommunen auf deren Wunsch zur Verfügung gestellt.

### 6.5.2. Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet des Einwohnerwesens

Für die einwohnerbezogenen Verwaltungsaufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden — meist Arbeiten, die den Einsatz der EDV nahelegen — wird im wesentlichen gleichartiges Datenmaterial benötigt. Rationalisierungsbemühungen auf diesem Gebiet kommen allen drei Verwaltungsebenen zugute. Sie erfordern gemeinsames Vorgehen.

#### 6.5.2.1. Personenkennzeichen

Die von der Koordinierungsstelle in Zusammenarbeit mit den Ländern und kommunalen Stellen geleisteten Vorarbeiten für die Einführung eines Personenkennzeichens in der Bundesrepublik nach dem Vorbild insbesondere der skandinavischen Staaten sind abgeschlossen. Die Arbeitsergebnisse sind mit den Bundesressorts, den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung und mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung im Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft abgestimmt worden. Alle beteiligten Stellen bejahen die Notwendigkeit eines bundeseinheitlichen Personenkennzeichens. Vor allem die Länder und Gemeinden erwarten die baldige Einführung, weil sich anderenfalls die Vergabe weiterer, nur regional oder sektoral verwendbarer Kennziffern und damit eine spätere aufwendige Umstellung nicht vermeiden ließe. Schon jetzt werden in ca. 120 Gemeinden in der Bundesrepublik mit insgesamt rd. 18 Millionen Einwohnern Teilaufgaben des Einwohner-

wesens, wenn nicht der gesamte einwohnerbezogene Funktionsbereich mit Hilfe der EDV bearbeitet. Dies ist ohne ein neuzeitliches Ordnungssystem nicht möglich.

Das Personenkennzeichen ist ein Rationalisierungsmittel für die Verwaltung, es entlastet aber auch den Bürger im Verkehr mit den Behörden. Es soll aus 12 Ziffern (Geburtsdatum, Angabe des Geschlechts, Serienzahl, maschinelle Prüfziffer) bestehen und an jeden Einwohner vergeben werden. Den EDV-Anwendern kann damit ein automationsgerechtes, numerisches Sortiermerkmal für Einwohnerdaten zur Verfügung gestellt werden, das gegenüber der herkömmlichen Zuordnung nach der alphabetischen Namensfolge den Vorzug der Eindeutigkeit und des geringen Speicheraufwandes hat und darüber hinaus leicht merkfähig und unveränderlich ist. Verwaltungsrelevante Daten der gleichen Person, die örtlich getrennt oder auf verschiedenen Datenträgern verwahrt werden, lassen sich damit verknüpfen und zusammen auswerten. Ferner ist das Personenkennzeichen unentbehrliches Hilfsmittel für einen Informationsverbund zwischen mehreren Verwaltungsbereichen oder -ebenen und für den behördeninternen Austausch von Einwohnerdaten. Aufwendige Mehrfacherfassungen gleicher Daten können vermieden werden. Schließlich kann das Personenkennzeichen auch manuell als Ordnungs- oder Aktenzeichen verwendet werden. Die Vielzahl der Ordnungsnummern, unter denen Vorgänge des Bürgers bei den verschiedenen Behörden geführt werden, läßt sich auf diese Weise verringern; der Behördenverkehr wird dem Bürger erleichtert.

Eine Konzentration aller im Bereich der öffentlichen Verwaltung vorhandenen Einwohnerdaten ist nicht vorgesehen. Sie wäre auch wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Art und Umfang der die Verwaltung interessierenden und von ihr zu erfassenden Einwohnerdaten bestimmt sich auch künftig danach, welche Informationen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben und der Rechtsansprüche des Bürgers erforderlich sind. Die Einführung eines organisatorischen Hilfsmittels, wie es das Personenkennzeichen darstellt, berührt dies nicht.

Das Personenkennzeichen soll durch ein Bundesgesetz über das Meldewesen eingeführt werden, dessen Entwurf zur Zeit vorbereitet wird. Danach ist vorgesehen, die Vergabe an die Bevölkerung der Bundesrepublik bis 1973 vorzunehmen. Der für die Vergabeorganisation erarbeitete Vorschlag berücksichtigt weitgehend den Stand der Automation bei den Gemeinden und die verschiedenen, meist auf Integration angelegten Lösungen für eine überörtliche Datenverarbeitung im Einwohnerwesen.

Um den Zugriff Unbefugter auf Einwohnerdaten und deren Mißbrauch zu verhindern, bedarf es nicht nur technischer Vorkehrungen, sondern auch Verhaltens- und Strafvorschriften für diejenigen, die diese Daten zu verwalten haben. So beabsichtigt der Bund, für das Gebiet des Meldewesens derartige Vorschriften zu erlassen, weil hier in einem Umfang wie in keinem anderen Zweig der öffentlichen Ver-

waltung biographische Daten der Einwohner zu erfassen und zu verarbeiten sind.

Die geplanten Regelungen lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

- Anspruch des einzelnen auf Auskunft über die bei der Meldebehörde über ihn vorhandenen Daten.
- Regelungen der Auskunftserteilung über persönliche Daten nach einem System von Bestimmungen, denen eine sorgfältige Abwägung der Interessen des Auskunftssuchenden und des Betroffenen zugrunde liegt.
- Beschränkung der Übermittlung von Daten an andere Behörden auf diejenigen Angaben, die zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe oder eines Rechtsanspruchs des Betroffenen erforderlich sind.
- Vorkehrungen gegen den Abruf von Einwohnerdaten durch Unbefugte über die herkömmlichen Sicherheitsmaßnahmen hinaus durch technische oder programmierte Sperren und Pflicht zur Protokollführung.
- Strafvorschrift gegen die unbefugte Offenbarung und Verwertung der melderechtlich bedeutsamen Einwohnerdaten.

#### 6.5.2.2. Vorhaben der Länder

In den Bundesländern entstehen gegenwärtig auf überörtlicher Ebene, durch Zusammenschlüsse von Gemeinden oder Gemeindeverbänden, als staatliche Einrichtungen oder in anderer Rechtsform Datenzentralen, in denen personenbezogene Aufgaben entweder im Auftrag der beteiligten Aufgabenträger oder in eigener Zuständigkeit erledigt werden sollen.

- In Baden-Württemberg wird zur Zeit ein Gesetzentwurf über die Errichtung einer staatlich-kommunalen Datenzentrale beraten. Sie ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts vorgesehen und soll ein Informationssystem u. a. für den personenbezogenen Datenbereich aufbauen.
- In Bayern beabsichtigen der Bayerische Landkreisesverband und der Bayerische Gemeindetag, die sich zur Bildung einer kommunalen EDV-Zentrale zusammengeschlossen haben, und der Bayerische Städteverband die Errichtung von mehreren kommunalen Datenzentralen, die den größten Teil des Landes abdecken und besonders den angeschlossenen Gemeinden zur Verfügung stehen sollen. Ein EDV-Organisationsgesetz, in dem u. a. die staatlich-kommunale Zusammenarbeit behandelt wird, ist in Kürze zu erwarten.
- In Berlin erledigt das im Geschäftsbereich des Senators für Inneres neu gegründete Landesamt für elektronische Datenverarbeitung Berlin als Dienstleistungsbetrieb Datenverarbeitungsaufgaben aus dem staatlichen und kommunalen Bereich. Ihm obliegt u. a. auch der stufenweise Aufbau einer zentralen Einwohnerdatenbank für den Gesamtbereich der Berliner Verwaltung.

- In Bremen ist geplant, sich beim Vollzug der personenbezogenen Aufgaben des Landes des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung zu bedienen.
  - In Hamburg ist vorgesehen, die dezentral geführte, lochkartenorientierte Einwohnermeldekartei mit dem zentralen, namensalphabetisch gegliederten Personenregister zu verschmelzen und auf Speichermedien mit wahlfreiem Zugriff zu speichern.
  - In Hessen ist mit Gesetz vom 16. Dezember 1969 eine Zentrale für Datenverarbeitung unter Beteiligung des Landes, der Kommunalen Spitzenverbände und fünf kommunaler Gebietsrechenzentren entstanden. Damit wurde eine integrierte Lösung für die Bearbeitung kommunaler und staatlicher Aufgaben gefunden.
  - Das Land Niedersachsen hat den Kommunalen Spitzenverbänden angeboten, die Errichtung eines kommunalen Modellrechenzentrums mitzufinanzieren. Dieses Modellrechenzentrum soll die Aufgabe haben, für alle niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände integrierte Grundprogramme zu entwickeln und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Personal praxisnah und an der Maschine ausbilden zu lassen.
  - In Nordrhein-Westfalen sollen nach einem mit der Landesregierung abgestimmten Konzept der Kommunalen Spitzenverbände, zum Teil auf der Grundlage vorhandener Entwicklungen, überörtliche kommunale Datenverarbeitungszentralen entstehen, in denen die automatisierten Verwaltungsaufgaben jeweils mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften bearbeitet werden. Mit diesen Datenverarbeitungsstellen, deren Einzugsbereiche z. Z. abgegrenzt werden, wird die Landesverwaltung im Verbundsystem (z. B. auf dem Gebiet des Einwohnerwesens) zusammenarbeiten.
  - In Rheinland-Pfalz ist vorgesehen, das Einwohnermeldewesen in einem landeseinheitlichen System, bestehend aus einem Landesrechenzentrum und fünf angeschlossenen kommunalen Gebietsrechenzentren, durchzuführen. Das Projekt wird bereits verwirklicht.
  - Im Saarland befaßt sich die von Kreisen und Gemeinden getragene „Kommunale Datenverarbeitungsstelle Saar“ mit der EDV im kommunalen Bereich. Geplant ist eine Datenzentrale, die vom Land finanziell gefördert werden soll. Die Abstimmung der staatlichen und kommunalen Interessen ist gewährleistet.
  - In Schleswig-Holstein werden in der durch Gesetz vom 2. April 1968 errichteten „Datenzentrale Schleswig-Holstein“, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltung wahrgenommen. Beabsichtigt ist, verwaltungsrelevante Daten der Einwohner des Landes in eine Einwohnerdatenbank zu übernehmen.
- Mit der weiteren Ausdehnung der EDV im Einwohnerwesen und nach Einführung des bundeseinheit-

lichen Personenkennzeichens wird die Frage der horizontalen und vertikalen Integration der Aufgabenerfüllung in den Vordergrund der Planungen treten. Basis einer Integration wird die gemeindliche Ebene sein müssen, weil die dort vorhandenen Datenbestände ca. 90 % des personenbezogenen Datenbedarfs der öffentlichen Verwaltung abdecken und weil die Gemeinden schon jetzt in einem umfangreichen Datenaustausch untereinander, vereinzelt auch mit staatlichen Behörden stehen. Der von der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister eingesetzte Unterausschuß „EDV im Einwohnerwesen“ des Arbeitskreises II untersucht unter dem Vorsitz des Innenministers von Nordrhein-Westfalen und unter Beteiligung des Bundesministers des Innern die personenbezogenen Verwaltungsaufgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden mit dem Ziel, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu finden und ihre Voraussetzungen zu klären.

### **6.5.3. Zusammenarbeit mit den Ländern im Bereich des Bundesministers der Justiz**

Auf der Konferenz der Justizminister und -senatoren in Berlin am 31. Mai 1969 wurde ein Arbeitskreis (Kommission für Datenverarbeitung) eingesetzt, dessen Aufgabe es ist zu untersuchen, welche Bereiche der Justiz grundsätzlich datenverarbeitungsgeeignet sind, und welche Rechtsvorschriften automationsgerecht umgestaltet werden müssen, um die elektronische Datenverarbeitung im Justizbereich weitgehend nutzbar zu machen. Dieser Arbeitskreis besteht aus den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie dem Bundesministerium der Justiz. Die Kommission hat die für eine Rationalisierung mit Hilfe der EDV in Betracht kommenden Rechtsgebiete erörtert und davon die nachfolgenden als vorrangig bestimmt:

- a) das Grundbuchwesen,
- b) das Mahnverfahren,
- c) das Kosten- und Kassenwesen (Kosteneinzugsverfahren),
- d) die juristische Dokumentation,
- e) das Zentrale Strafregister.

Zu ihrer näheren Überprüfung wurden Sachkommissionen gebildet. Aufgabe dieser Sachkommissionen wird es sein, Ist-Analysen durchzuführen sowie Soll-Konzeptionen zu erstellen, die je nach Ergebnis der Prüfung auch Vorschläge für evtl. Gesetzesänderungen enthalten.

### **6.5.4. Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Automation der Steuerverwaltungen**

Hierzu wird auf den Bericht des Bundesministers der Finanzen vom 18. März 1968 (Drucksache V/2749) verwiesen.

### **6.5.5. Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Kriminalpolizei**

Auf die Ausführungen unter Ziffer 4.2.7. (Seite 12) wird verwiesen.

## 6.6. Internationale Zusammenarbeit

Auch im internationalen Raum hat auf dem Gebiet der Datenverarbeitung ein reger Erfahrungsaustausch, in mehreren Bereichen bereits eine enge Zusammenarbeit, eingesetzt. So ist der Bundesminister des Innern (Koordinierungsstelle) Mitglied im Internationalen Rat der zentralen Regierungsstellen für die automatische Datenverarbeitung (Intergovernmental Council for ADP — ICA —) sowie in der IAG (Fachgruppe für administrative Datenverarbeitung in der IFIP — International Federation of Information Processing).

Im OECD-Arbeitsausschuß „Computer-Utilisation“ sind der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vertreten. Diese und der Bundesminister des Innern arbeiten außerdem in der Arbeitsgruppe „Advanced ADP Systems in the public sector“ mit.

Eine besonders enge internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der EDV besteht im Bereich des Verkehrs (z. B. in der „Europäischen Konferenz der Verkehrsminister“, im „Internationalen Eisenbahnverband“ und bei der „Internationalen Dokumentation — Straßen —“) und im Bereich des Post- und Fernmeldewesens (z. B. bei der Rationalisierung der Postscheck- und Postsparkassendienste, im Fernmeldesektor bei der Normung der Datenübertragung usw.).

Daneben bestehen in zahlreichen anderen Fachbereichen internationale Ausschüsse und Organisationen, die sich ebenfalls mit Fragen der EDV befassen und in denen die Bundesregierung durch die entsprechenden Fachressorts vertreten ist.

## 7. Schutz der Privatsphäre

Die EDV gibt die Möglichkeit, mehrere an verschiedenen Stellen eingespeicherte Informationen über eine Einzelperson leichter und schneller zu kombinieren und abzurufen, als das konventionelle Verfahren ermöglichen.

Dem Schutz der Privatsphäre des Bürgers wird deshalb bei der Planung von EDV-Vorhaben, insbesondere des allgemeinen arbeitsteiligen Informationssystems besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Als Sicherungsvorkehrungen gegen mißbräuchliche Benutzung kommen technische, organisatorische, berufsethische und rechtliche Maßnahmen in Betracht.

Es stehen verschiedenste, technische Methoden zur Verfügung, um Informationen in Datenbanken vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Hier wäre z. B. zu erwähnen die elektro-magnetische Abschirmung von Rechenzentren, die mechanische Sicherung der Abfragestationen, Lese- und Schreibsperreinrichtungen, feste Adreßzuordnung für jede Abfragestation, Festlegung von Abfrage-Codes und andere Verschlüsselungsmethoden etwa für die Daten-Fernverarbeitung usw.

Ferner wird auf die Möglichkeiten organisatorischer Maßnahmen wie dezentraler Speicherung von personenbezogenen Informationen, Teilung der Daten

etwa in offene Grunddaten und geschützte Folgedaten, maschinelle Führung von Kontrollprotokollen, Kontrollverfahren zur Verhinderung von unbefugten Änderungen an Programmen usw. hingewiesen.

Für das EDV-Personal wie für das gesamte Personal im öffentlichen Dienst gilt das allgemeine Gebot der Amtsverschwiegenheit. Im weiteren Verlauf der Vorbereitungsarbeiten wird zu prüfen sein, ob darüber hinaus generelle Regeln (z. B. Berufsordnungen) notwendig sein werden.

Der Schutz der Privatsphäre wird durch die Rechtsordnung gewährleistet. Nach Artikel 1 Abs. 1 GG ist die Würde des Menschen unantastbar; sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Nach Artikel 2 Abs. 1 GG hat jeder Mann das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. Dem einzelnen Bürger ist eine Sphäre privater Lebensgestaltung verfassungskräftig vorbehalten. Es besteht also ein letzter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit, der der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist. Ein Gesetz, das in ihn eingreifen würde, könnte nie Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung sein (B VfGE 6/32, 41). In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verlangt, daß alles Handeln der Verwaltung, durch das in die Rechtssphäre des Bürgers eingegriffen wird, unmittelbar auf die Verfassung oder ein Gesetz im formellen Sinn zurückgeführt werden kann.

Daneben gibt es noch eine Reihe von Einzelgesetzen, die dem Schutz der Privatsphäre des Bürgers dienen. Das Strafgesetzbuch enthält einige einschlägige Bestimmungen, die die Verletzung des Berufsgeheimnisses bzw. der gebotenen Vertraulichkeit unter Strafe stellen (§§ 298 bis 300, 353 d, 354, 355). Für bestimmte Fachgebiete der öffentlichen Verwaltung, in denen personen- und berufsbezogene Daten der Staatsbürger gesammelt und verarbeitet werden, bestehen Auskunftverbote und Geheimhaltungsvorschriften, die in zahlreichen Gesetzen geregelt sind und deren Verletzung durch Amtspersonen oder amtlich hinzugezogene Privatpersonen mit Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet wird. Zu erwähnen wäre etwa § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke, der die grundsätzliche Geheimhaltung der statistischen Einzelangaben sicherstellt, § 22 der Abgabenordnung mit der Garantie der Unverletzlichkeit des Steuergeheimnisses und ähnliche Vorschriften zum Schutze des Bürgers in weiteren Einzelgesetzen wie z. B. im Lebensmittelgesetz, im Bundesseuchengesetz, im Atomgesetz oder in den Meldegesetzen der Länder. Der Entwurf eines Rahmengesetzes über das Meldewesen trägt diesem Bedürfnis gleichfalls durch eine entsprechende Strafvorschrift Rechnung (vgl. auch unter Ziff. 6.5.2.1. S. 17).

Der Gewährleistung der danach bestehenden Rechte des einzelnen dient der verfassungsrechtlich garantierte umfassende gerichtliche Rechtsschutz gegen

Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt (Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes).

Soweit man das heute — da die Verwaltung mit der Einrichtung von Informationssystemen und Datenbanken noch am Anfang steht — beurteilen kann, dürfte der Schutz der Privatsphäre des Staatsbür-

gers gegen Eingriffe und Mißbräuche beim Betrieb von automatischen Informationssystemen der öffentlichen Hand ausreichend gesichert sein. Gleichwohl wird diese Problematik im Zuge der weiteren Planungsarbeiten mit Aufmerksamkeit verfolgt und die Notwendigkeit spezieller gesetzgeberischer Maßnahmen geprüft werden.

## Anlage 1

## Übersicht über die in der Bundesverwaltung eingesetzten EDV-Anlagen

Gliederung nach Ressorts und EDV-Anlagen

Stand: 1. Februar 1970

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
<b>Bundeskanzleramt</b>					
Planungsstab	Vorarbeiten zur Erfassung des Arbeits- programms der Bundesregierung	Mitbenutzung IBM 360/40 der MB-Haupt- stelle des BM der Verteidigung			
<b>Auswärtiges Amt</b>					
Auswärtiges Amt	In- und Auslandsbesoldung, Personal- kartei und -einsatzplanung, Anschriften- kartei der Zentrale, Länderstatistik der Kulturabteilung	IBM 360/20	1		1966
<b>Bundesminister des Innern</b>					
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden	Statistische Datenverarbeitung Ausländerzentralregister	IBM 7070 IBM 1401	1 2		1962 1961 1961
	Statistische Datenverarbeitung Datenaustausch mit Statistischen Landes- ämtern	IBM 360/40	1		1967
	Statistische Datenverarbeitung	Siemens 4004/55 IBM 360/30 UNIVAC 1004/1001	1		1970 1968 1968
<b>Bundesminister der Finanzen</b>					
Besoldungsstelle der Bundesfinanz- verwaltung, Bonn- Bad Godesberg	Berechnung und Zahlung von Bezügen, Arbeiten auf dem Gebiete des Haus- halts- und Kassenwesens und der Finanz- planung	IBM 360/40	1		1966
Beschaffungsamt der Bundeszoll- verwaltung, Offenbach	Zollkleiderkasse, Personalbedarfsberech- nung für die Bundeszollverwaltung, Be- arbeitung von Frachtingangsbriefen des Hauptzollamts Frankfurt-Flughafen	Bull-Gama 10	1		1969
Bundesschulden- verwaltung, Bad Homburg v. d. H.	Verwaltung und Statistik der Bundes- schuld	IBM 1440	1		1965
Bundesmonopol- verwaltung für Branntwein, Offenbach	Verwaltung des Branntweinmonopols	IBM 360/20	1		1967

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
<b>Bundesminister für Wirtschaft</b>					
Bundesanstalt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt (M)	Berichterstattung über aktuelle Wirt- schaftsdaten (handels-, entwicklungs-, struktur- und konjunkturpolitische Vor- gänge)	Siemens 4004/35	1	1969	
Bundesanstalt für Materialprüfung, Berlin	Technisch-Wissenschaftlicher Bereich, statistische Auswertung von Versuchen, Forschungsaufgaben	Zuse Z 23	1	1966	
	Auswertung der Betonwürfelprüfung ein- schließlich Zeugnis- und Gebührenbe- scheiderstellung, Kontoführung der An- tragsteller	IBM 6400	1	1968	
Physikalisch- Technische Bundesanstalt, Braunschweig	Wissenschaftliche Rechnungen, Verwal- tungsarbeiten	Siemens 4004/55	1	1968	
	Erfassung von Meßdaten am Reaktor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	Siemens 305	1	1968	
	Berechnung optischer Systeme, Ausglei- chung von Meßwerten	Zuse Z 23	1	1965	
	Meßwerterfassung und -vorbereitung	CII 10020	1	1969	
Physikalisch- Technische Bundesanstalt, Berlin	Wissenschaftliche Berechnungen	Royal Precision- RPC 4000	1	1963	
	Wissenschaftliche Berechnungen	Mitbenutzung eines Times- hearing-Service der Fa. Bull-GE, Köln, durch Terminal			
Bundesanstalt für Bodenforschung, Hannover	Wissenschaftliche Berechnungen	IBM 1620	1	1964	
	Digitale Meßwertverarbeitung	Digital Equipment PDP 8	1	1967	
	Wissenschaftliche Berechnungen	Mitbenutzung (50 Stunden/Jahr) CDC 1600 TU Hannover  Mitbenutzung (30 Stunden/Jahr) IBM 7094 d. Dt. Rechenzentrums Darmstadt  Mitbenutzung (10 Stunden/Jahr) IBM 360/30 Lan- desverwaltung Hannover			

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
<b>Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung</b>					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Statistik, Berechnungen, Verwaltungsangelegenheiten	BULL Gamma 10	1		1964
<b>Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>					
Forschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig- Völkenrode in Braunschweig	Technisch-wissenschaftliche Berechnungen bei Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Landbauwissenschaften und verwandter Wissenschaften	IBM 1130	1		1969
Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel	Technisch-wissenschaftliche Berechnungen und dokumentarische Verarbeitung wissenschaftlicher Informationen insbesondere Auswertung von Forschungsdaten, Erhebungen usw. bei der Erforschung der gesamten milchwirtschaftlichen Probleme	IBM 1130	1		1967
Mühlenstelle in Bonn	Mühlengesetz-Abgabe, Getreidegesetz-Abgabe, Vermahlungsstatistik Getreide, sonstige verwaltungsinterne Aufgaben	IBM 360/20	1		1966
<b>Bundesminister der Verteidigung</b>					
Maschinelles Berichtswesen	Personal Personalgrundlagen, Personalführung, Wehrersatzwesen, Sanitätsdienstliches Berichtswesen, Gebührenwesen	IBM 360/20	2 1 7 2 1	1966 1967	1967
	Logistik Materialgrundlagen, Materialkatalogisierung, Materialplanung und -ausstattung, Anforderungs- und Auslieferungsverfahren, Materialbestandsführung, Instandsetzungen, Materialbewertung und Kostenerfassung	IBM 360/30	1 5 1	1968	1968
	Gesamtplanung Bw Planungsgrundlagen, Programmiersystem Bw, Sonstige mittel- und langfristige Planung, Kostenrechnung	IBM 360/40	1 5 3 2 2 1	1966 1966 1967	1967 1968
	Sondergebiete Verteidigungswirtschaft, Haushalts- und Kassenwesen, Technisches Prüfwesen, Fernmeldewesen, Lehrgangsplanung und -steuerung, Fremdsprachenwesen, Unterkunft- und Liegenschaftswesen, Geophysikalischer Beratungsdienst, Dokumentationswesen, Militärgeographie,				

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
Wehrtechnischer Bereich	Bekleidungswesen, Verpflegungswesen, Kraftfahrwesen				
	Militärische Forschungsaufgaben mit Schwerpunkt in den Bereichen:	AEG-Telefunken TR 4	1 1 1	1965 1967 1968	
	Steuerungstechnische Empfangssysteme durch Rechner einschließlich Nachrichten- auswertung;	AEG-Telefunken TR 86	3	1970	
	Kommunikation Mensch — Rechner; Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiet der Luftfahrt;	TR 86 Control Data CDC 3150	1	1969	
	Untersuchungen für den Aufbau von Da- tenbanken und militärischen Führungs- systemen;	AEG-Telefunken 9040/RA 770	1	1969	
	Ozeanographische, geographische und naturwissenschaftliche Problemstellun- gen;	(Hybridsystem) Control Data	1	1967	
	Geophysikalischer Beratungsdienst;	CDC 1700			
	Operations Research-Aufgaben; Funk- analyse;	Ferranti			
	Technisch-numerische Aufgaben für die Erprobungsstellen;	Argus 500 Honeywell H 21	1 1	1969	1968
	Meßdatenerfassungen, -aufbereitungen und -auswertungen auf verschiedenen waffentechnischen Gebieten;	Siemens 302/305 Zuse Z 22 R	1 1		1968
	Simulationen, Versuchs- und Prozeß- steuerung, Modellvermessungen;	Z 23	1 1		1963 1969
	Übersetzerdienst der Bundeswehr	Z 25	1 1		1965 1966
	EDV-Anlagen außerhalb des Bereichs der Bundeswehr *)				
Forschungsinstitut für Funk und Mathematik, Werthoven bei Bonn	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Telefunken TR 4	1	1966	
Forschungsinstitut für Hochfrequenz- physik, Werthoven bei Bonn	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Control Data CDC 1700	1	1968	
Universität Erlangen	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 7	1	1965	
Universität Karlsruhe	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Control Data CDC 3300	1	1967	
Vereinigte Flugzeugwerke, Bremen	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 8	1		1969

\*) Es sind nur Anlagen aufgeführt, die ausschließlich für Zwecke der Bundeswehr ein gesetzt sind.

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung		
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	
1	2	3	4	5	6	
Bundesforschungs- anstalt für Holz- und Forstwirtschaft, Hamburg	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 8	1	1969		
Technische Hochschule München	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	IBM 1130	1	1968		
Industrieanlagen- betriebsgesellschaft (IABG), Ottobrunn	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Control Data CDC 3800	1	1967		
		Control Data CDC 8090	1	1966		
		Control Data CDC 1700	1		1968	
		Digital Equipment PDP 8	1		1969	
<b>Bundesminister für Verkehr</b>						
Kraftfahrt- Bundesamt, Flensburg	Erfassung der im Bundesgebiet zugelassenen Kfz und Kfz-Anhänger, Kfz-Statistiken, Verkehrsleistungsstatistiken, Auswertung des Verkehrszentralregisters	IBM 360/40	2	1966	1966	
Deutsches Hydrographisches Institut, Hamburg	Gezeitenanalyse und -vorausberechnung, Sturmflutuntersuchungen, Geophysik, Zeit- und Breitendienst, Berechnung von Kartennetzen, Aufbereitung meereskundlicher Daten, nautische Technik, Dokumentation	IBM 1620	1		1962	
		Bordrechner auf dem Forschungsschiff „Meteor“. Reduktion von geophysikalischen und ozeanographischen Daten	Digital Equipment PDP 8	1	1968	
Bundesanstalt für Flugsicherung, Frankfurt	Erprobung neuer Betriebsverfahren und Geräte, Testen von Programmen, Einsatzreserve für das Betriebsdoppelrechnersystem	AEG-Telefunken TR 4	1		1963	
		Betriebsdoppelrechnersystem zum Berechnen und Ausdrucken von Kontrollstreifen, Erstellung von Notamkurzfasung und -handbüchern	AEG-Telefunken TR 4	2	1968	1966
Bundesanstalt für Wasserbau, Karlsruhe	Technisch-wissenschaftliche Berechnungen	Siemens 305	1	1969		
Deutscher Wetterdienst — Zentralamt —, Offenbach/M.	Einsammeln der auf 8 Fernmeldekanälen gleichzeitig einlaufenden Wettermeldungen, Bereitstellung für weitere Verarbeitung auf CDC3800 und CDC3400	CDC 1700	1		1967	
		Verarbeitung meteorologischer Daten einschließlich Prognosen für die Nordhalbkugel routinemäßig zu internationalen Terminen. Restkapazität für theoretisch-meteorologische Forschungsarbeiten	CDC 3400 CDC 3800	1 1	1966	1965

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
Zentralstelle für Betriebswirtschaft und Daten- verarbeitung, Frankfurt (M)	Ein- und Ausgabe für CDC3400 und CDC3800	CDC 8090	1		1966
	Magnetbandaufnahmen des Lochkartenarchivs klimatologischer Daten. Ausdrücke von Manuskripten für direkte Druckplattenherstellung. Einzelauswertungen für klimatologische Zwecke	IBM 360/20	1		1966
	Vermittlung meteorologischer Informationen von 26 Fernschreibeingangsleitungen und 11 Dateneingangsleitungen auf 32 Fernschreibausgangsleitungen und 11 Datenausgangsleitungen	AEG-Telefunken TR 86	2		1969
	Abrechnung und Statistik des Güterverkehrs, Materialwirtschaft, Rentenversicherungen, Anlagenwirtschaft Fahrzeuge und Bahnanlagen, Reiseverkehrsstromzählungen, Netzplanung, Baustatische Berechnungen, Vermessungswesen, Zugfahrtrechnungen, Fahrzeitberechnungen, Optimierung von Dienstplänen und Fahrzeugumläufen, Wirtschaftsmathematik	IBM 360/65 IBM 360/50 IBM 360/30	1 1 1		1967 1969 1966
Bundesbahndirektionen Essen, Frankfurt (M), Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart	Personalwirtschaft, Besoldung/Versorgung, Lohnabrechnung im Werkstättendienst, Krankenbarleistungen, Unfallrenten, Betriebsleistungsermittlung, Kosten- und Leistungsrechnung im Werkstättendienst, Werkstatistik, Abrechnung und Statistik des Personenverkehrs, des Expresß- und Gepäckgutverkehrs, des Bahnbusverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Kraftwagenkosten, Wagenmietabrechnung, Gesamtkostenrechnung	IBM 360/30 (je eine Anlage)	9		1967
Bundesbahndirektionen Augsburg, Karlsruhe, Kassel, Mainz, Münster, Regensburg und Wuppertal	Teilgebiete aus dem Personal- und Sozialwesen, der Betriebsleistungsstatistik, dem Personen- und Güterverkehr sowie der Finanz- und Anlagenwirtschaft	IBM 360/20 (je eine Anlage)	7		Juli 1967 bis Januar 1968
Bundesbahndirektion Frankfurt (M)	Elektronische Fahrplanauskunftsanlage (wird 1971 durch eine größere Anlage mit 24 Auskunftsgeräten und DVA 4004 S Fa Siemens ersetzt werden)	Siemens 2002	1		1965
Bundesbahndirektion Frankfurt (M)	Platzbuchungsanlage für Auto auf Fährschiffen im Verkehr DB — DSB (wird 1971 durch neue, leistungsfähigere Anlage für alle Buchungen ersetzt werden)	SEL-Informatik- System	1		1957

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
Bundesbahn- direktion Hannover	Prozeßrechner für die Transportsteuer- versuche der DB im Raum Hannover: Datensammlung von 16 Vormeldebahn- höfen, Steuerung des Rangierbetriebes im Rangierbahnhof Seelze, Frachtbu- chung und Steuerung der Stückgutumladung sowie Fernsteuerung bzw. Fernlen- kung der Stellwerke der Strecken Bre- men—Hannover und Minden—Wunstorf	Siemens 303	1	1969	
		Siemens 305	1	1969	
		Siemens 304	1	1969	
		Siemens 304	2	1970	
<b>Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen</b>					
Posttechnisches Zentralamt, Darmstadt	Kraftfahrdienst Innerbetriebliches Rech- nungswesen, Statistiken, Abrechnung der Auslandstelegramme, Abrechnung mit den Luftverkehrsgesellschaften über Luftpost, Postleitzahlen, Zentrale Auf- tragsbuchhaltung, Optimierungsrechnun- gen, Zentrale Auswertungen, Programm- bibliothek, Zentrale Versuchs- und Ent- wicklungsarbeiten	IBM 360-40 Siemens 4004-45	1 1	1968 1968	
Landespostdirektion Berlin, Oberpostdirek- tionen Düsseldorf, Frankfurt/M., Ham- burg, Hannover, Köln, München, Stuttgart	Rentenrechnungsdienst, Fernmelderech- nungsdienst, Besoldungskassendienst, Postzeitungsdienst, Fernmeldezeugdienst, innerbetriebliches Rechnungswesen, Post-, Spar- und Darlehensvereine	IBM 360/40	13	1969	
	Zusätzlich bei einzelnen RZ: Oberpostkassendienst, Mittelbewirtschaftung, Etatbilanz, Arbeiten für die Ver- sandstellen für Sammlermarken, Arbei- ten für das Sozialamt der DBP, elektroni- sche Bauabrechnung, Postwertzeichen- archiv	IBM 360/30 IBM 360/30	9 1	1967 bis 1968 1969	
Postscheckämter Hamburg und Essen	Postscheckdienst (Buchungs-, Dauerauf- tragsdienst, Klarschriftleseverfahren)	IBM 360/40	1	1969	
		IBM 360/40	2	1970	
Köln und München	Postscheckdienst (Klarschriftleseverfah- ren, Dauerauftragsdienst)	IBM 360/30	2	1968	
Frankfurt/M.	Postscheckdienst (Klarschriftlese- verfahren)	Siemens 4004/35	1	1969	
Ludwigshafen	Postscheckdienst (Klarschriftlese- verfahren)	Siemens 4004/25	1	1968	
		Recognition Equipment Retina 1500	1	1968	
Posttechnisches Zentralamt, Darmstadt	Lehr- und Versuchszwecke	Telefunken TRP	1	1968	

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage/ Hersteller/Modell	Zahl der An- lagen	Zeitpunkt der Installierung	
				1. Halb- jahr	2. Halb- jahr
1	2	3	4	5	6
Postsparkassen- ämter Hamburg und München	Automatisierter Postsparkassendienst	IBM 360/40	2	1967	
Fernmeldetechnisches Zentralamt, Darmstadt	Mathematisch-wissenschaftliche Berechnungen zu Forschungsaufgaben	Zuse Z 23 AEG-Telefunken TR 86	1 1	1962 1969	
	Betriebslenkung und Überwachung der Fernmeldenetze	AEG-Telefunken TR 4	1	1965	
	Konvertieren von Lochstreifen auf Magnetbänder	Raytheon 703	1	1968	
	Automatische fernschriftliche Beantwortung von Anfragen über Telexanschlüsse	AEG-Telefunken TR 86	1	1968	
	Ingenieurakademie, Dieburg	Ausbildungs- und Lehrzwecke	Siemens 2002	1	1962
<b>Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen</b>					
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	Auswertung der bau- und wohnungswirtschaftlichen Daten der Wohnungsfürsorge	Mitbenutzung IBM 360/40 der Besoldungsstelle der Bundesfinanzverwaltung			
<b>Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit</b>					
Bundesgesundheitsamt	Bundesopiumstelle, Arzneimittelspezialitätenregister, Rechenzentrum für das Bundesgesundheitsamt	IBM 1130	1	1968	
<b>Presse- und Informationsamt der Bundesregierung</b>					
Bundespresseamt	Entwicklung eines Informations-Bereitstellungs-Systems und eines Nachrichten-Verteilungs-Systems	Mitbenutzung Siemens 4004/45 (Forschungsprojekt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft)			
<b>Deutscher Bundestag</b>					
Bundestagsverwaltung	Abstimmungsanlage	AEG-Telefunken 60-10 16 K	1	1970	



## EDV-Anlagen in der Bundesverwaltung

1968/1970

Ressort	Zahl der Anlagen		Mehr (+) oder weniger (-) nach dem Stand vom 1. Februar 1970 (Unterschied Spalte 2 und Spalte 3)
	Stand 1. Juni 1968	Stand 1. Februar 1970	
1	2	3	4
Deutscher Bundestag .....	—	1	+ 1
Auswärtiges Amt .....	1	1	—
Bundesminister des Innern .....	5	7	+ 2
Bundesminister der Finanzen .....	1	4	+ 3
Bundesminister für Wirtschaft .....	6	10	+ 4
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung .....	1	1	—
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	—	3	+ 3
Bundesminister der Verteidigung .....	51	62	+11
Bundesminister für Verkehr .....	42	41	- 1
Bundesminister für das Post- und Fernmelde- wesen .....	36	43	+ 7
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit .....	—	1	+ 1
Gesamte Bundesverwaltung .....	143	174	+31

## Anlage 3

## EDV-Anlagen

Gliederung nach Herstellern, Modellen und Ressorts

Stand: 1. Februar 1970

Hersteller / Modell	Gesamte Bundesverwaltung		Deutscher Bundestag		Auswärtiges Amt		Bundesminister des Innern		Bundesminister der Finanzen	
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
AEG-Telefunken .....	18		1							
TR 4 .....		8								
TR P .....		1								
TR 86 .....		7								
60—10 16 K .....		1		1						
90 40/RA 770 .....		1								
BULL/GE .....	2								1	
Gamma 10 .....		2								1
C.I.I. ....	1									
CII 10020 .....		1								
Control Data .....	12									
CDC 1700 .....		4								
CDC 3300 .....		1								
CDC 3400 .....		1								
CDC 3800 .....		2								
CDC 3150 .....		1								
CDC 8090 .....		2								
RPC 4000 .....		1								
Digital Equipment .....	6									
PDP—7 .....		1								
PDP—8 .....		5								
Ferranti .....	1									
Argus 500 .....		1								
Honeywell .....	1									
H 21 .....		1								
IBM .....	105				1		5		3	
1130 .....		4								
1401 .....		2						2		
1440 .....		1								1
1620 .....		2								
6400 .....		1								
7070 .....		1						1		
360/20 .....		24				1				1
360/30 .....		30						1		
360/40 .....		38						1		1
360/50 .....		1								
360/65 .....		1								
Übertrag ...	146		1		1		5		4	

Bundesminister für Wirtschaft		Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung		Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		Bundesminister der Verteidigung		Bundesminister für Verkehr		Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen		Bundesminister für Jugend und Gesundheit	
1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
						8		5		4			
							4		3		1		
							3		2		1		
							1				2		
		1											
			1										
1													
	1												
1						7		4					
							3		1				
							1						
							1		1				
							1						
	1								1				
1						4		1					
							1		3		1		
						1							
						1			1				
						1							
2				3		35		23		32		1	
					2		1						1
	1								1				
	1												
					1		13		8				
							7		10		12		
							14		2		20		
									1				
									1				
5		1		3		56		33		36		1	

Hersteller / Modell	Gesamte Bundesverwaltung		Deutscher Bundestag		Auswärtiges Amt		Bundesminister des Innern		Bundesminister der Finanzen	
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
Übertrag ...	146		1		1		5		4	
Recognition-Equipment .....	1									
Retina 1500 .....		1								
Raytheon .....	1									
703 .....		1								
RR-Univac .....	1						1			
1004 .....		1						1		
SEL .....	1									
Informatik-System .....		1								
Siemens .....	16						1			
303 .....		1								
304 .....		3								
305 .....		4								
2002 .....		2								
4004/25 .....		1								
4004/35 .....		2								
4004/45 .....		1								
4004/55 .....		2							1	
Zuse .....	8									
Z 22 .....		1								
Z 23 .....		5								
Z 25 .....		2								
Insgesamt ...	174		1		1		7		4	

## Erläuterungen:

Spalten 1 = Anzahl der EDA je Hersteller

Spalten 2 = Anzahl der EDA je Modell

Bundesminister für Wirtschaft		Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung		Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		Bundesminister der Verteidigung		Bundesminister für Verkehr		Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen		Bundesminister für Jugend und Gesundheit	
1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
5		1		3		56		33		36		1	
										1			
											1		
								1					
3						1		7		4			
	1						1		1				
									3				
							1		2			1	
									1			1	
												1	
2						5				1			
							1						
							2					1	
							2						
10		1		3		62		41		43		1	

## Anlage 4

**Übersicht  
über die personelle Ausstattung der im Bereich der Bundesverwaltung  
eingesetzten EDV-Anlagen**

(Anlage 1)

Stand: 1. Februar 1970

Ressort	Zahl der Anlagen	Personelle Ausstattung der Anlage(n) nach a) höherem —, b) gehobenem —, c) mittlerem —, d) einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter				Von den Kräften in Spalte 4 entfallen auf	
		Gruppe a) b) c) d)	Kräfte ins- gesamt	Betriebliche Leitung			
				aus- gebildete Fachkräfte	in Ausbil- dung be- findliche oder noch auszu- bildende Fachkräfte		
1	2	3	4	5	6		
Deutscher Bundestag	2	a) b) c) d)	2 2				
Auswärtiges Amt	1	a) b) c) d)	1 2 12	1			
Bundesminister des Innern	7	a) b) c) d)	6 53 221 22	1 3			
Bundesminister der Finanzen	4	a) b) c) d)	49 60 1	4			
Bundesminister für Wirtschaft	10	a) b) c) d)	23 24 24 11	6			
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	1	a) b) c) d)	2 6	1			
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	a) b) c) d)	3 5 9	1			
Bundesminister der Verteidigung	62	a) b) c) d)	76 439 1 052 49	10 37	1 6		

Personelle Ausstattung der Anlage(n) nach a) höherem —, b) gehobenem —, c) mittlerem —, d) einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter

Von den Kräften in Spalte 4 entfallen auf

Organisation und Sytemanalyse		Programmierung		Maschinenbedienung		Datenaufbereitung und -erfassung		Verwaltungs-kräfte (ohne EDV-Kenntnisse)
ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1		1		1		1		
1		1 1		2		9		
5 11 1		24	4 5	6 41	3 2	157	22	2 15
5	2	22 1	10 1	5 15		39	2	1 2 1
4 3	1 1	12 10 2	6 2	3 10	1	8 6	1 4	1 1
			1	2	1	3		
2 1		4 1		3		4		1
48 48	10 12	2 192 70	5 48 2	48 261	39 24 3	547	5 73	4 75 46

Ressort	Zahl der Anlagen	Personelle Ausstattung der Anlage(n) nach a) höherem —, b) gehobenem —, c) mittlerem —, d) einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter			
		Gruppe a) b) c) d)	Kräfte ins- gesamt	Von den Kräften in Spalte 4 entfallen auf	
				Betriebliche Leitung	
				aus- gebildete Fachkräfte	in Ausbil- dung be- findliche oder noch auszu- bildende Fachkräfte
1	2	3	4	5	6
Bundesminister für Verkehr	41	a) b) c) d)	30 386 834 588	23 37	1
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	44	a) b) c) d)	20 396 1 339 43	8 81	1 4
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	1	a) b) c) d)	1 2 3	1	
Bundeskanzleramt	*)	a) b) c) d)	2		
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	**)	a) b) c) d)	1 1 2		
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	***)	a) b) c) d)	3 3 1 2	1	
Bundesverwaltung insgesamt		a) b) c) d)	166 1 364 3 565 716	52 163	2 11
			5 811	215	13

\*) Mitbenutzung IBM 360/40 des BM Verteidigung

\*\*) Mitbenutzung IBM 360/40 der Besoldungsstelle der Bundesfinanzverwaltung

\*\*\*) Mitbenutzung Siemens 4004/45 (Forschungsprojekt BM Bildung und Wissenschaft)

Anmerkung: Kräfte, die mehrere EDV-Tätigkeiten ausüben, sind nur einmal unter der Tätigkeit aufgeführt, die sie überwiegend wahrnehmen.

Personelle Ausstattung der Anlage(n) nach a) höherem —, b) gehobenem —, c) mittlerem —, d) einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter

Von den Kräften in Spalte 4 entfallen auf

Organisation und Systemanalyse		Programmierung		Maschinenbedienung		Datenaufbereitung und -erfassung		Verwaltungs-kräfte (ohne EDV-Kenntnisse)
ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	ausgebildete Fachkräfte	in Ausbildung befindliche oder noch auszubildende Fachkräfte	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4	3	235	21	27		18		9
38		57	7	192	19	477	1	81
				2		502	31	53
11		120	24	84	13	14		
50	6	40	5	163	22	999	53	57
						40	2	1
1		1		1		2		
	2							
1						1		2
2		2	1			1		
						2		
97	16	14	5	173	55	33	6	16
159	21	612	115	691	69	2 247	129	234
1		172	22	2	3	550	59	102
237	37	798	142	866	127	2 830	194	352

## Anlage 5

**Übersicht  
über die in der Bundesverwaltung geplanten EDV-Vorhaben**

Gliederung nach Ressorts

Stand: 1. Februar 1970

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installierung)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
<b>Bundeskanzleramt</b> Planungsstab	Erfassung des Arbeitsprogramms der Bundesregierung mit Erfolgskontrolle	Maschinenkonfiguration steht noch nicht fest	—	steht noch nicht fest
<b>Auswärtiges Amt</b> Auswärtiges Amt	Politische Dokumentation (Untersuchungen des Informationsbedarfs und Systemanalyse)	Maschinenkonfiguration steht noch nicht fest	—	steht noch nicht fest
<b>Bundesminister des Innern</b> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden	Statistische Datenverarbeitung	Erweiterung der vorhandenen Anlagen um periphere Geräte, Speicher, Erfassungsgeräte sowie automatischer Zeichentisch (Graphomat Zuse Z 90)	—	—
Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln	Zentrale Speicherung und integrierte Verarbeitung aufbereiteter nachrichtendienstlicher Erkenntnisse in einem „Nachrichtendienstlichen Informationssystem“ aller Ämter für Verfassungsschutz (NADIS)  Übernahme des Geschäftsablaufs von Sicherheitsüberprüfungen	IBM 360/40 mit 128 K, Bildschirmeingabe und 2 Großraumplattenspeicher	1 (1970)	1 (1972)
Bundeskriminalamt, Wiesbaden	Kriminalpolizeiliches Informations- und Auskunftssystem  Stichwortorientiertes Dokumentationssystem für kriminalistisch-kriminologische Untersuchungen	Maschinenkonfiguration steht noch nicht fest	—	1
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg	Erstellung von Entwürfen und Originalen von statistisch-thematischen Karten  Durchführung von regional-statistischen Analysen im Institut für Raumordnung	Zuse Z 25 Periphere Geräte und automatische Zeichenanlage für Rechner Zuse Z 25	—	1

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installation)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
<b>Bundesminister der Justiz</b> Deutsches Patent- amt, München	Verfahrensinformation mit Schriftenvertriebs-progr. Jah- resgebührenüberwachung  technische Information mit Do- kumentation- und Recherche- systemen	Siemens 4004/35	1 (1970)	—
Generalbundes- anwalt beim Bundesgerichtshof — Bundesstraf- register — Berlin	Führung eines zentralen Straf- registers und Erziehungsregi- sters (Bundeszentralregisters)	—	—	1
Bundesminister der Justiz	Juristische Dokumentation und Informationsbereitstellung	—	—	—
<b>Bundesminister für Wirtschaft</b> Bundesminister für Wirtschaft	Erweiterung der maschinellen Berichterstattung auf Energie- und Grundstoffdaten, Inner- deutscher Handel, Unterneh- mensdaten, Exportkreditversi- cherung; Informationsanalyse; mathemat. Methode der Ent- scheidungsfindung, Verfahren mathemat. Statistik	Vorhandene Anlagen im Bereich der Bun- deswirtschaftsverwal- tung	—	—
Bundesanstalt für Bodenforschung, Hannover	Sämtliche wissenschaftliche Be- rechnungen sowie Projekte der Bundesanstalt für Bodenfor- schung, Dokumentation der Geowissenschaften	Siemens 4004/55	—	1 (1974)
Bundesanstalt für Material- prüfung, Berlin	Technisch-wissenschaftliche Aufgaben  Simulation von Modellversu- chen	Telefunken TR 86  Telefunken RA 770	—  —	1  1
Bundeskartellamt, Berlin	Fusionskontrolle, Preisbindung, Preiseempfehlung, Konzentration	Maschinenkonfigura- tion steht noch nicht fest	—	steht noch nicht fest
Bundesaufsichtsamt für das Versiche- rungs- und Bau- sparwesen, Berlin	Statistiken, Überprüfungen und Auswertungen von Rechnungs- abschlüssen und Kalkulations- grundlagen, Gebührenerhebung nach § 101 VAG	Maschinenkonfigu- ration steht noch nicht fest	—	steht noch nicht fest
Bundesstelle für Außenhandels- information, Köln	Dokumentation außenwirt- schaftlichen Informationsmate- rials für kommerzielle Auskunft und behördliche Nutzung	Vorhandene Anlagen im Bereich der Bundewirtschafts- verwaltung	—	—

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installation)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Physikalisch- Technische Bundes- anstalt, Braunschweig	Wissenschaftliche Rechnungen, Verwaltungsarbeiten	Ausbau der 4004/55	—	—
	Datenerfassung, -verarbeitung und Steuerung an einem Zyklo- tron und einem Vande-Graaf- Beschleuniger	Siemens 306	—	1 (1974)
Physikalisch- Technische Bundes- anstalt, Berlin	Wissenschaftliche Berechnungen	Telefunken TR 86 oder CDC 1700 als Satel- litenrechner des geplanten Großrechen- zentrums in Berlin	—	1
<b>Bundesminister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten</b>				
BML-Zentrallstelle für Agrardokumen- tation und -infor- mation, Bonn	Verarbeitung von bibliographi- schen Daten, Aufbau von Regi- stern verschiedener Art, Auto- matische Informationswieder- gewinnung für aperiodische Information	Vorerst Mitbenutzung der EDV-Anlagen des Deutschen Rechenzen- trums in Darmstadt, der Zentralstelle für maschinelle Dokumen- tation in Frankfurt, der Universität in Stuttgart-Hohenheim	—	—
BML / Land- und Hauswirtschaft- licher Auswertungs- und Informations- dienst, Bonn- Bad Godesberg (AID)	Keine Anlage vorgesehen; Pflege und Weiterentwicklung von bundeseinheitlichen Ma- schinenprogrammen für die elektronische Verarbeitung und Auswertung landwirtschaft- licher Buchführungsdaten durch Einrichtung eines Koordinie- rungsteams f. Buchführung u. Betriebsplanung in der Land- wirtschaft	—	—	—
Bundessortenamt, Bemerode b. Hannover	Einsatz für Arbeiten auf den Gebieten des Schutzes von Pflanzensorten und des Ver- kehrs mit Saatgut:  Statistische Auswertung der Re- gister-Prüfungen, Erfassung und Prüfung von Sortenbezeichnun- gen und Warenzeichen, Ver- rechnung der Wertprüfungen zur Bestimmung des landeskul- turellen Wertes von Pflanzen- sorten, Gebühren-Abrechnung, Aufstellung der „Beschreibenden Sortenliste“, Erfassung aller Eintragungen, Löschungen usw. in der Sortenschutzrolle und in der Sortenliste	Anlage wie IBM — 1130 mit 16 K und 1 Platten- einheit	—	1 (1971)

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installierung)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Bundesanstalt für Milchwirtschaft, Kiel	Technisch-wissenschaftliche Berechnungen und dokumentarische Verarbeitung wissenschaftlicher Informationen; insbesondere Auswertung von Forschungsdaten, Erhebungen usw. bei der Erforschung der gesamten milchwirtschaftlichen Probleme (z. B. Futteranbau, Verarbeitung und Verteilung der milchwirtschaftlichen Erzeugnisse, Verwertung durch den menschlichen Organismus).	Anlage mit Platten- speicher und Magnet- bandeinheiten Zentraleinheit ca. 70 000 Bytes Magnet- plattenspeicher ca. 8 Millionen Bytes  Es ist beabsichtigt, die vorhandene EDV-Anlage IBM 1130 durch eine Anlage größerer Kapazität zu ersetzen (1970 bis 1972)	—	1
Bundesanstalt für Fleisch- forschung, Kulmbach	Planung und Auswertung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben:  Berechnung von Modellversuchen, Auswertung von Hauptversuchen, Vergleiche mit Versuchsdaten früherer Jahre	Bürocomputer 16 000 Bytes  Datenfernverarbeitung durch Terminal- anschluß an Groß- rechenanlagen	—	1
<b>Bundesminister für Arbeit und Sozial- ordnung</b>				
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Statistik, Datenbank für Sozialpolitik	Anlage mit Platten- und Bandspeichern		1
<b>Bundesminister der Verteidigung</b>				
Maschinelles Berichtswesen	Ausweitung der Aufgaben innerhalb der schon vorhandenen Haupteinsatzgebiete, insbesondere im Anwendungsbereich Gesamtplanung Bundeswehr sowie bei den Aufgabengebieten Personalführung, Sanitätsdienstliches Berichtswesen, Fremdsprachenwesen (Bundessprachenamt), Haushalts- und Kasernenwesen, Bekleidungswesen	IBM 360/40 im Austausch gegen: IBM 360/30  IBM 360/65  IBM 360/50 im Austausch gegen: IBM 360/40	6 (1970)	—
			1 (1970)	—
			—	2 (1971)
Wehrtechnischer Bereich	Wissenschaftlich-technische Aufgaben u. a. maschinelle Literaturdokumentation, Linguistische Datenbank (Demonstrationsprojekte), Untersuchung von Datenbankproblemen, Untersuchungen u. Entwicklung von Versuchsmodellen für militärische Führungssysteme	Siemens 4004/46  Siemens 301	—	2 (1971)
			—	1 (1970)

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installation)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Universität Erlangen	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 15	1 (1971)	—
Universität Bonn	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 15	—	1 (1971)
Institut für Elektro- werkstoffe, Freiburg	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	Digital Equipment PDP 7 (z. Z. V. bei Uni Erlangen)	1 (1971)	—
Institut für Kern- forschung, Stohl bei Kiel	Wissenschaftlich-technische Aufgaben	AEG-Telefunken TR 4	—	1 (1970)
Forschungsinstitut für Funk und Mathematik, Werthoven bei Bonn	Versuchssystem für Führungs- system  Oberste Bundeswehr-Führung	Siemens 4004/45	1 (1970)	—
<b>Bundesminister für Verkehr</b>  Kraftfahrt-Bundes- amt, Flensburg	Erfassung der in der Bundes- republik Deutschland zugelassenen Kraftfahrzeuge und Kraft- fahrzeughänger,  Aufbereitung der Kraftfahr- zeug-Bestands- und -Verände- rungsstatistiken im Rahmen der für die Bundesstatistik gelten- den Bestimmungen,  Auskunftsdienst aus den Be- standsaufzeichnungen,  Aufbereitung der Statistik des gewerblichen Güterfernver- kehrs,  Aufbereitung der Statistik des Möbelfernverkehrs,  Aufbereitung der Statistik des Werkfernverkehrs,  Aufbereitung der Statistik des grenzüberschreitenden Straßen- güterverkehrs mit Lastkraft- fahrzeugen,  Aufbereitung der Statistik über die Befahrungen des Nord-Ost- see-Kanals einschließlich der Abrechnung der Finanzvor- gänge,  Aufbereitung der Statistik der Entziehungen und Versagungen von Fahrerlaubnissen,	Austausch von zwei IBM 360/40 gegen größere Anlagen, z. B. IBM 360/50 oder Siemens 4004/55	—	1 (1970)  1 (1971)

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installierung)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Deutsches Hydrographisches Institut, Hamburg	<p>Aufbereitung der Unterlagen des Verkehrszentralregisters über Vielfachtäter, Sonderaufbereitungen im Auftrage und für Rechnung Dritter, Aufbereitung im Rahmen der Unfallursachenforschung</p> <p>Gezeitenanalyse und -vorausberechnung, räumliche Darstellung der Gezeiten und Gezeitenströme, Sturmflutuntersuchungen und -vorhersagen, Geophysik, Zeit- und Breitendienst, Analyse ozeanographischer Bewegungs- und Ausbreitungsvorgänge, speziell Seegang, Wasserverschmutzung und Sandwanderung. Analyse und Darstellung der Wechselwirkung zwischen ozeanographischen und meteorologischen Parametern.</p> <p>Aufbereitung geophysikalischer und ozeanographischer Meßreihen. Datenbank für ozeanographische Daten. Nautisch-geodätische Rechnungen, Automatisierung der Seevermessung. Nautische Technik, speziell Verhalten von nautischen Instrumenten bei Schiffsbewegungen. Dokumentation.</p>	Honeywell H 632	1 (1970)	—
Bundesanstalt für Straßenwesen, Köln	<p>Technisch-wissenschaftliche Berechnungen im Zusammenhang mit Bundesstraßendatenbank, Unfallforschung</p> <p>Auswertung von Messungen und Zählungen</p>	<p>Anlage der Größenordnung Siemens 4004/46,</p> <p>Siemens 305 oder vergleichbare Anlage</p>	—	1 (1971)
Deutscher Wetterdienst — Zentralamt — Offenbach	<p>Vermittlung verarbeiteter meteorologischer Informationen (Wetterkarten) von 11 Dateneingangslösungen auf 11 Ausgangslösungen</p> <p>Bearbeitung meteorologischer Daten aus konventionellen und satellitenorientierten Beobachtungssystemen bis zu mittelfristigen numerischen Vorhersagen aufgrund fortgeschrittener barokliner Modelle. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Rahmen des internationalen Forschungsprogramms (GARP).</p>	<p>Zykluszeit etwa 1 Mikrosekunde 64 K Kernspeicher Massenspeicher D/A Wandler</p> <p>Höchstgeschwindigkeitsrechner mit Kernspeicher von ca. 500 k Wörtern je 40 Bytes und Massenspeicher mind. 20 Millionen Wörtern</p>	—	2  1

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installation)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Bundesanstalt für Flugsicherung — Zentralstelle — Frankfurt (M)	Digitalisierung von Radarinformationen (Zielextraktor)	Digitaler Radarziel- extraktor bestehend aus Datenaufberei- tungselektronik, 2 Rechnern TR 86 sowie Datenausgabe u. Übertragungsein- richtungen	24	10
	Verknüpfung digitalisierter Radarzielmeldungen zu Flug- spuren (Flugzielverfolgung)	Prozeßrechner mittlerer Größe	—	6
	Darstellungssysteme für extra- hierte Radardaten (DERD)	AEG-Telefunken TR 86	8	2
	Datenübertragungs- und Ver- mittlungssystem	AEG-Telefunken TR 86	8	—
	Erprobung neuer Betriebsver- fahren und Geräte, Testen von Programmen	AEG-Telefunken TR 86	2	—
	Simulator für die Ausbildung von Betriebsdienstpersonal	AEG-Telefunken TR 86	2	—
	Prototypanlage für Erprobung neuer Automatisierungskon- zepte	AEG-Telefunken TR 89	1	—
Hauptwagenamt, Frankfurt (M)	Zentrale elektronische Platz- buchungsanlage für über 300 Buchungsstellen	Siemens 4004/45 und	2	—
		Siemens 4004 S	(1971) 2 (1971)	—
Zentralstelle für Betriebswirtschaft und Datenverarbei- tung, Frankfurt (M) und Bundesbahn- direktionen	Ausweitung der bestehenden Einsatzgebiete, insbesondere Einführung der zentralen Frachtberechnung	Erweiterung der bestehenden Anlagen, Einrichtungen für Datenfernübertragung	—	—
Zentralstelle für Betriebswirtschaft und Datenverarbei- tung, Frankfurt (M)	Einrichtung von Datenbanken, Aufbau eines Informations- systems	IBM 360/65	—	1
Zentralstelle für Bahnstrom- versorgung, Frankfurt (M)	Optimierung der Lastverteilung innerhalb des 110-kV-Bahn- stromnetzes	IBM 1800	1 (1970)	—
Bundesbahn- direktion Frankfurt (M)	Elektronische Fahrplanaus- kunftsanlage mit 24 Auskunft- geräten	Siemens 4004 S	1 (1971)	—
Bundesbahn- direktion Hannover	Prozeßsteuerung der ablauftech- nischen Einrichtungen im Ran- gierbahnhof Seelze (Ersatz für Relais-Stellwerk)	Siemens 304	1 (1970)	—

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installation)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
Bundesbahndirektion München	Mehrjahresplanung, Bauablaufplanung und -überwachung, Kalkulationen und Kontrollrechnungen für den Oberbaudienst, Materialwirtschaft, Bau-statische Berechnungen	IBM 360/50	—	1
	Automatisierte Zugüberwachung und später Fernsteuerung des S-Bahnbereichs München	Siemens 306		5 (1972)
Bundesbahndirektion Saarbrücken	Fernsteuerzentrale für die Strecke Saarbrücken—Homburg (Saar) und weitere Strecken	Digital Equipment PDP 8	4 (1971)	—
<b>Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen</b>				
Oberpostdirektion München		Systemaustausch Siemens 4004/45	2 (1970)	—
Oberpostdirektion Düsseldorf		Systemaustausch Siemens 4004/45	3 (1970/71)	—
Landespost- direktionen Frankfurt (M), Berlin, Hamburg, Hannover		Systemaustausch IBM 360/40	4 (1970)	—
Postscheckämter Köln und München		Systemaustausch IBM 360/40	2 (1971)	—
Postscheckamt Berlin	Postscheckdienst (Buchungs-, Dauerauftragsdienst, Klar- schriftleseverfahren)	Siemens 4004/45	2 (1970)	—
Postscheckamt Nürnberg	Postscheckdienst (Buchungs-, Dauerauftragsdienst, Klar- schriftleseverfahren)	Siemens 4004/45	2 (1970)	—
Postscheckamt Frankfurt (M)		Systemaustausch Siemens 4004/45	—	1
	Aufnahme des Buchungsdien- stes	Siemens 4004/45	—	1
Postscheckamt Ludwigshafen		Systemaustausch Siemens 4004/45	—	1
Fernmelde- technisches Zentralamt, Darmstadt	Versuchsanlage für ein elek- tronisches Wählsystem	Siemens 4004/45	1 (1970)	—
	Betriebliches Management im Fernmeldewesen einschließlich der technischen Dokumentation	UNIVAC 1108 MP	1 (1970)	—

Ressort/Dienststelle/ Standort	Haupteinsatzgebiete der Anlage(n)	EDV-Anlage, soweit bereits bekannt: Hersteller/Modell, sonst Kurzbeschreibung der Anlage(n)	Zahl der Anlagen (ggf. auch voraussichtlicher Zeitpunkt der Installierung)	
			bereits bestellt	noch nicht bestellt
1	2	3	4	5
<b>Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen</b>  Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	Erfassung städtebaulicher Daten Bautechnische Dokumentation	Maschinenkonfiguration steht noch nicht fest		
<b>Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit</b>  Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	Dokumentation und Information sowie Bibliotheksautomation in der Biomedizin	Anlage der Größenordnung Siemens 4004/46	—	1
Bundesgesundheitsamt	Erforschung von Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten	Siemens 305	1 (1970)	
<b>Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>  Bundesstelle für Entwicklungshilfe, Frankfurt (M)	Daten über Entwicklungsländer, Daten über Entwicklungshilfe in nationalem und internationalen Bereich, Analyse der eigenen Möglichkeiten und Anstrengungen der Entwicklungsländer, Entwicklungstheorie und Entwicklungspläne, Strategie und Konzeption der deutschen Entwicklungshilfe, sektorale und regionale Entwicklungsplanung, Gesamtprogramm, Haushalt und Finanzierung, Planung, Entscheidung der einzelnen Maßnahmen, fachlich-technische Planung, Vorbereitung und Durchführung (Netzplan), Verlaufskontrolle, Wirkungsbeobachtung, Abrechnung, Allgemeine Verwaltungsaufgaben	Anlage der Größenordnung Siemens 4004/45	—	1
<b>Presse- und Informationsamt der Bundesregierung</b>  Bundespresseamt	Informations-Bereitstellungssystem, Nachrichtenverteilung, Haushalts- und Personalangelegenheiten	Anlage der Größenordnung Siemens 4004/46 oder größer	—	1
<b>Deutscher Bundestag</b>  Bundestagsverwaltung	Dokumentation	Maschinenkonfiguration steht noch nicht fest	—	steht noch nicht fest

## Geplante EDV-Vorhaben im Bereich der Bundesverwaltung

(Anlage 5)

Übersicht über die Personalplanung

Stand 1. Februar 1970

Ressort	Voraussichtlicher Personalbedarf nach a) höherem —, b) gehobenem —, mittlerem —, einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter							
	Gruppe a) b) c) d)	Kräfte ins- gesamt	Von den Kräften in Spalte 3 entfallen auf					Verwal- tungs- kräfte (ohne EDV- Kennt- nisse)
			Betrieb- liche Leitung	Organi- sation/ System- analyse	Program- mierung	Maschi- nenbe- dienung	Daten- aufberei- tung/ Daten- erfassung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutscher Bundestag		Noch keine Angaben möglich						
Bundeskanzleramt Planungsstab	a) b) c) d)	4 3 2		4	1		2 2	
Auswärtiges Amt	a) b) c) d)	2		2				
Bundesminister des Innern	a) b) c) d)	31 160 217	7 7	15 37 15	8 40 11	1 11 6	65 174	11
Bundesminister der Justiz	a) b) c) d)	11 36 131 16	2	9 4	9	5 7 2	10 100	8 24 14
Bundesminister für Wirtschaft	a) b) c) d)	15 13 27	5	8 1	2 6 4	4 8	8	2 7
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a) b) c) d)	7 8 12	2	5 1	7	4	6	2
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a) b) c) d)	7 16 14	1	3 3	2 10	1 2 5	6	1 3
Bundesminister der Verteidigung	a) b) c) d)	68 47				68 22	25	

Ressort	Voraussichtlicher Personalbedarf nach a) höherem —, b) gehobenem —, mittlerem —, einfachem Dienst bzw. vergleichbare Angestellte/Arbeiter								
	Gruppe a) b) c) d)	Kräfte ins- gesamt	Von den Kräften in Spalte 3 entfallen auf					Verwal- tungs- kräfte (ohne EDV- Kennt- nisse)	
			Betrieb- liche Leitung	Organi- sation/ System- analyse	Program- mierung	Maschi- nenbe- dienung	Daten- aufberei- tung/ Daten- erfassung		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Bundesminister für Verkehr	a)	35	9	25	1				
	b)	194	7	34	89	58	4	2	
	c)	385			3	120	228	34	
	d)	57				2	40	15	
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	a)	47	21	7	3	15	1		
	b)	1 733			2	26	1 704	1	
	c)						30		
	d)	31						1	
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen		Noch keine Angaben möglich							
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	3	1	2					
	b)	7				2			
	c)	10			5	6	4		
	d)	5					3	2	
Bundesminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit		Noch keine Angaben möglich							
Presse- und Infor- mationsamt der Bundesregierung	a)	20	3	10	7				
	b)	30		30					
	c)	10			4	6			
	d)	20					13	7	
Bundesverwaltung insgesamt	a)	135	30	83	20	2			
	b)	582	35	117	170	165	82	13	
	c)	2 588		15	24	210	2 257	82	
	d)	129				4	86	39	
		3 434	65	215	214	381	2 425	134	

Anmerkung: Kräfte, die mehrere EDV-Tätigkeiten ausüben sollen, sind nur einmal unter der Tätigkeit aufgeführt, die sie überwiegend wahrnehmen werden.

**Geplante EDV-Vorhaben im Bereich der Bundesverwaltung**

(Anlage 5)

Übersicht über die Finanzplanung bis 1974

Stand 1. Februar 1970

Ressort	In der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagte Mittel				
	Betrag für 1970 1000 DM	Betrag für 1971 1000 DM	Betrag für 1972 1000 DM	Betrag für 1973 1000 DM	Betrag für 1974 1000 DM
1	2	3	4	5	6
Deutscher Bundestag .....	400	400	340		
Bundeskanzleramt — Planungsstab — Auswärtiges Amt .....	250	400			
Bundesminister des Innern .....	8 222	19 340	20 150	15 066	9 711
Bundesminister der Justiz .....	1 310	1 830	3 620	3 570	6 280
Bundesminister für Wirtschaft .....	1 342	1 223	2 650	2 850	3 960
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	292	577	938	810	930
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung .....			1 000	1 500	
Bundesminister der Verteidigung ....	1 237	6 691	7 231	7 231	7 231
Bundesminister für Verkehr .....	49 206	80 556	74 432	84 894	74 394
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen .....	9 440	17 095	13 425	11 225	
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen .....		Noch keine Angaben möglich			
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit .....	895	1 268	3 050	3 300	
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit .....		Noch keine Angaben möglich			
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung .....	1 600	2 600	3 000	3 300	3 800
<b>Bundesverwaltung insgesamt .....</b>	<b>74 194</b>	<b>132 180</b>	<b>130 136</b>	<b>133 746</b>	<b>106 306</b>

1970 bis 1974 = 576 562 000 DM